

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Memeler Str. 24
Herausgeber: August 1906, 1926 und 1932. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Verzinst sich Ihr Nichts — Verzehrt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin O 24
Memeler Straße 2/3 (Postfachkonto 5286), zu richten. — Bezugs-
preise nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnte Zeile

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Sozialkapitalismus in Deutschland?

Betrachtungen zu dem von Bankier Warburg auf dem Industrie- und Handelstag in Hamburg gehaltenen Referat.

Auf dem jüngst stattgefundenen deutschen Industrie- und Handelstag in Hamburg hat der Referent Max Warburg, der bekannte Bankier, das Bestehen eines kapitalistischen Systems in Deutschland in Zweifel gezogen. Er möchte das in Deutschland bestehende Wirtschaftssystem mit einem anderen Wort bezeichnen: in Deutschland herrsche der Sozialkapitalismus. Die deutschen Unternehmer verdienen es, so sagte Warburg — als „sozialkapitalistisch“ bezeichnet zu werden. Der Gedanke eines Sozialkapitalismus hat in letzter Zeit eine Anzahl bedeutender Persönlichkeiten beschäftigt. Sie haben auf den Wandel der Unternehmerfunktionen im Zeitalter des Hochkapitalismus hingewiesen und das Bild des Unternehmers, der nach Aufhören der freien Konkurrenz zum Beherrscher mächtiger Industrietongerne geworden ist, entworfen. Dieser Unternehmer handle nicht allein im privaten Interesse, sondern müsse immer auch das Allgemeinwohl mitberücksichtigen. Auch sei er dazu dank seiner Machtstellung und seiner Unabhängigkeit von den Aktionären sehr wohl in der Lage, sobald er sich seiner Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewußt werde. In den Vereinigten Staaten wurde dafür das Wort „Dienst am Volke“ (service) als höchste Unternehmerpflicht geprägt, ein Schlagwort, das zuerst von Henry Ford gebraucht, in jenem Lande jetzt zu einem Gemeinplatz geworden ist. Ähnliche Gedanken bilden die Grundlage der Ausführungen von Maynard Keynes gegen das „laissez faire“ (das ungehinderte Schalten und Walten der Unternehmer), des Bonner Nationalökonomischen Professor Schumpeter und in der jüngsten Zeit von Professor Werner Sombart, der in seinem letzten Buch über den Hochkapitalismus den Typus dieses, von ihm als spätkapitalistisch bezeichneten Unternehmers in ähnlicher Weise schildert. Selbst der große englische Schriftsteller H. G. Wells hat in einem viel Aufsehen erregenden Roman einem „Unternehmersozialismus“, den er in der Person seines Helden Mr. Clifford verkörpert sieht, das Wort geredet. Auch dieser frühere sozialistische Schriftsteller erwartet jetzt die Lösung der sozialen Frage nicht von dem Ansturm der aufstrebenden Massen, sondern von den „im Luxus Schlafwagen einherfahrenden großen Unternehmern“.

Wir wollen hier von der Erörterung der Frage gänzlich absehen, wie weit die Lösung des sozialen Problems in einem Wirtschaftssystem, wo das Privateigentum und das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel bei den privaten Kapitalisten bleibt, möglich sei, und ob ein aufgeklärtes Privatunternehmertum die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnenden Spannungen zu beheben vermag. Dies scheint uns, die auf dem Boden einer festen sozialistischen Grundauffassung stehen und deshalb von einem Sozialkapitalismus die Lösung der sozialen Frage nicht erwarten können, an dieser Stelle nicht notwendig zu sein. Was hier zu untersuchen sein wird, ist vielmehr die Frage, ob die Behauptung des Herrn Warburg auf dem Industrie- und Handelstag, daß wir uns bereits in einem sozialkapitalistischen Stadium befinden, zu Recht besteht, ob wir in Deutschland einen Sozialkapitalismus haben?

Was müßte man von einem wirtschaftlichen und sozialen System, das den Namen Sozialkapitalismus mit einigem Recht tragen soll, verlangen? Ohne ershöpfend zu sein oder ein System aufstellen zu wollen, würden wir von einem Sozialkapitalismus, der behauptet, sich am Allgemeinwohl zu orientieren, die Erfüllung der folgenden Forderungen verlangen: Ein solches System müßte 1. eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit den für ihren Lebensunterhalt nötigen Waren sichern. Es müßte 2. die Lage der Arbeitnehmer so gestalten, daß sie vom Bleigewicht der Beschäftigungslosigkeit befreit, unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Verhältnissen leben könnten, des weiteren müßte man von einem sozialkapitalistischen System 3. eine Lastenverteilung erwarten, welche die öffentlichen Lasten den stärksten Schultern aufbürdet, endlich aber, 4. daß es die Arbeiter nicht als willenlose Maschinen in einem großen Räderwerk, sondern als verantwortliche Mitarbeiter betrachtet: Wirtschaftsdemokratie. Eine kurze Prüfung soll uns zeigen, wie weit diese an ein sozialkapitalistisches System zu stellenden Forderungen im heutigen Deutschland bereits verwirklicht sind.

Eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Bedarfsartikeln auf einem Niveau, das eine ständige Verbesserung der Lebenshaltung zuläßt, erfordert es, daß diese Produkte in ausreichenden Mengen hergestellt und zu erschwinglichen Preisen verkauft werden. Nun sind heute die Produktionsanlagen da, Rohstoffe und Arbeitskräfte sind

vorhanden, die Technik hat eine nie geahnte Stufe der Entwicklung erreicht. Somit stünde einer ausreichenden Warenversorgung grundsätzlich nichts im Wege. Trotzdem kann man vom Hochkapitalismus mit seinen Monopolorganisationen schwerlich behaupten, daß er eine gute Versorgung der Bevölkerung gewährleistet. Alles was wir über die Produktions- und Preispolitik der Monopolorganisationen, deren Existenz mit Produktionseinschränkung und Preiserhöhung aufs engste verbunden ist, wissen, spricht gegen diese Annahme. Die von den Unternehmern betriebene Handelspolitik, die Hochschußzölle, die sie dank ihrer politischen Macht erkämpfen und auch ihren landwirtschaftlichen Verbündeten in Form von hohen Agrarzöllen zuschanzen, verursachen eine Teuerung, welche die genügende Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten und möglich macht. Die Produktionskosten werden durch den technischen Fortschritt herabgesetzt, die Preise bleiben auf der alten Höhe, oder steigen noch weiter. In diesem Punkt ist Deutschland hinter den Vereinigten Staaten, wo die Erweiterung der Produktion von sinkenden Preisen gefolgt war, sehr weit zurückgeblieben.

Zu einem Sozialkapitalismus gehörte die Sicherung der Arbeitnehmer vor den Wechselfällen der Beschäftigung im reinkapitalistischen Wirtschaftssystem. Solange der Arbeitnehmer von der qualenden Sorge der Unsicherheit seiner Existenz nicht befreit wird, kann man schwerlich von einem sozialen System reden. Dies würde die Forderung an die pflichtbewußten und mächtigen Industriefürsorge bedeuten, den Arbeitnehmern ihre Arbeitspläne auch in Zeiten schwächerer Beschäftigung zu bewahren. Der „Sozialkapitalist“, auch der aufgeklärteste, würde ein solches Anstreben als unmöglich von sich weisen. Die Arbeitslosenunterstützung ist allerdings ein wichtiges Mittel zur Verringerung des Uebel der Arbeitslosigkeit. Sie ist aber zeitlich begrenzt, in ihrem Ausmaß beschränkt, und es sind eben die Unternehmer, welche alles daran setzen, um die Arbeitslosenversicherung wie die anderen sozialen Leistungen in ihrer Wirksamkeit herabzusetzen. Der Handelstag selbst, wo der Referent Warburg über Sozialkapitalismus sprach, hat sich in einer Resolution gegen die angeblich zu hohen Soziallasten ereifert. Der ständige Kampf der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, die den Arbeitnehmern die Erhaltung ihrer Arbeitskraft und die Verfügung über freie Zeit sichert, und ihre Gesundheit wie ihre Kultur fördert, paßt ebenfalls schlecht in ein System, das als ein soziales angesprochen sein will. Wieviel die von den Unternehmern getroffenen Einrichtungen für Betriebssicherheit und Hygiene zu wünschen übrig lassen, darüber kann jeder in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ausreichendes Material finden.

Die Verteilung der öffentlichen Lasten auf die einzelnen Volksschichten ist ein wesentlicher Prüfstein für die Beschaffenheit des sozialen Systems. Wie steht es um die Lastenverteilung in Deutschland? Wir zitieren aus einer Arbeit des Reichstagsabgeordneten Paul Herß, in der „Betriebsrätezeitung“ für Funktionäre der Metallindustrie“ über die deutsche Steuerpolitik in den ersten neun Monaten des laufenden Etatsjahres:

„Der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern ist höher geworden als der Ertrag aus der gesamten Besitzbelastung. Den 1794 Millionen aus Steuern stehen nämlich nur 1790 Millionen aus allen übrigen Besitzsteuern gegenüber. Scheidet man die Gesamteinnahme des Reiches nach Massenbelastung und Besitzbelastung, so ergibt sich ein Ertrag der Massenbelastung von 3504 Millionen gegenüber den erwähnten 1790 Millionen der Besitzbelastung. Die Massenbelastung ist also gerade noch einmal so hoch als die Belastung des Besitzes. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als der Ertrag der Umsatzsteuer infolge der Senkung des Steuerfußes auf 0,75 Proz. erheblich zurückgegangen ist. Das gleiche gilt von der Lohnsteuer infolge der Erhöhung des Existenzminimums, der Erstattungen und der umfangreichen Arbeitslosigkeit. Trotzdem aber die Wirtschaftskrise mit voller Wucht gerade auf den schwächsten Schichten des Volkes ruht, während durch die Rationalisierung die Leistungsfähigkeit des Besitzes gestiegen ist, tragen die Massen noch immer den allergrößten Teil der öffentlichen Lasten.“

Es bleibt noch ein Wort über die Wirtschaftsdemokratie, ein grundlegendes Erfordernis auch eines jeden sozialkapitalistischen Systems, zu sagen. Auch sie hat von den deutschen Unternehmern keine Förderung, vielmehr immer steigende Ablehnung erfahren. Tag für Tag kann man darüber lesen, wie die Unternehmer mit allen Mitteln bestrebt sind, den Wirkungskreis der Betriebsräte — statt der nötigen Erweiterung — einzuschränken, und diese für die Wirtschaftsdemokratie unentbehrliche Einrichtung zur Ohnmacht zu verurteilen. Die Ablehnung der Unternehmer gegen die Aufnahme der Arbeiter in

die Handels- und Industriekammern soll uns auch ein Beispiel dafür liefern, wie sehr ihnen an der Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie gelegen ist. Auch den Gewerkschaften, den wichtigsten Selbstverwaltungorganen der Arbeiterschaft, kostet es nicht geringe Mühe, sich gegen die Unternehmerrabotage durchzusetzen.

Wohin immer man blickt, sei es die Güterversorgung, die Steuerpolitik oder die Wirtschaftsdemokratie, überall sehen wir, daß die grundlegenden Erfordernisse eines sozialen Wirtschaftssystems innerhalb des Kapitalismus in Deutschland ebensowenig vorhanden sind wie in den anderen europäischen Ländern. Soziale Maßnahmen, darunter solche von großer Wichtigkeit, wurden allerdings eingeführt, und damit auch zu einem sozialen Aufbau des Volksstaates der Anfang gemacht. Nur muß man sich dessen bewußt sein, daß alle sozialen Einrichtungen von den Vertretungen der Arbeiter im schärfsten Kampf mit den Unternehmern errungen werden müssen und daß für sie weiter gekämpft werden muß. In der berühmten Komödie des französischen Schriftstellers Molière wird der Held durch Knippelschläge zum Arzt gemacht — ein Arzt wider Willen. Wenn man überhaupt von einem Sozialkapitalismus der Unternehmer sprechen will, so nach dem oben Angeführten zu urteilen, nur in diesem Sinne.

Berufszählung als Wirtschaftsbarometer.

Zunahme der Erwerbstätigen. — Maschinenkraft verdrängt Arbeitskraft. — 83 Proz. im Arbeitsverhältnis. — Steigerung der Frauenerwerbsarbeit.
Von Dr. Bruno Jensen.

Vor kurzer Zeit wurden in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Ergebnisse der Berufszählung im ganzen Gebiet des Deutschen Reiches veröffentlicht. Diese statistischen Feststellungen aus dem Jahre 1925 ergeben einen Ueberblick über die

Verteilung der Berufs- und Erwerbstätigen

in der Industrie, im Handel, Verkehr und in der Landwirtschaft. Außerordentlich interessant ist das Studium dieser Zahlen, denn wir erhalten Aufschlüsse über die Zunahme und Abnahme der Erwerbstätigen in Deutschland, über die Existenzmöglichkeiten der Beschäftigten, und den statistischen Beleg für die Zurückdrängung der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter zugunsten der in der Industrie und im Handel beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Zugleich stellen wir fest, daß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten gegenüber früheren Jahren zurückgegangen ist, der Anteil von 42 Proz. im Jahre 1907 auf 41 Proz. im Jahre 1925. Erscheint dieser Rückgang zahlenmäßig nicht besonders groß, so müssen wir aber bei Wertung dieser Zahl die Gebietsabteilungen seit 1918 berücksichtigen. Ursache dieses Rückganges ist die steigende Industrialisierung Deutschlands, die

Verdrängung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinenkraft

Ueber 32 Millionen Frauen, Männer und Jugendliche stehen heute im Erwerbsleben. Gegenüber früheren Berufszählungen hat die Zahl der Erwerbstätigen um 7 Millionen zugenommen. Die Zahl der nichterwerbstätigen Bevölkerung beträgt 30,4 Millionen, und setzt sich zusammen aus 26,5 Millionen Frauen, Männern und Kindern, die Angehörige von Erwerbstätigen sind, und 3,8 Millionen berufslosen Selbständigen, unter denen wir Sozialrentner usw. verstehen.

Wie verteilen sich nun die 32 Millionen Beschäftigten auf die einzelnen Wirtschaftszweige?

Wir nehmen nun nicht die Zahlen der in der Industrie und in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern die Gesamtzahl der Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen, die von der Industrie leben. Dabei stellen wir fest, daß über zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung der Industrie und dem Handwerk mit 23,8 Proz. Anteil leben, auf die Landwirtschaft 14,5, Handel und Verkehr 10,4 Millionen kommen. Ein kleiner Rest verteilt sich auf freie Berufe, öffentliche Bedienstete, Berufslose usw. Während der Anteil der Beschäftigten in der Industrie durch die Rationalisierung, in der Landwirtschaft durch die Verstadtdichtung immer mehr zurückgeht, wenn auch langsam, so steigt die Zahl der Beschäftigten im Handel und Gewerbe und im Verkehr durch die größere Ausnützung menschlicher Arbeitskraft in diesem Wirtschaftszweig, durch die geringe Anwendung von Maschinenkraft und durch die mögliche Selbständigmachung der kleinen Gewerbetreibenden und Handelsangestellten. Von 7,4 Millionen Berufsangehörigen im Jahre 1907 stieg der Anteil der Beschäftigten im Handel auf 10,6 Millionen im Jahre 1925. Der einzige Wirtschaftszweig, der nicht nur relativ an Beschäftigtenzahl zugenommen hat im Gebiete der deutschen Berufszählung.

Der Streit um die passive Handelsbilanz.

Seit der Belebung der Wirtschaftsjunktur im vergangenen Jahr ist die Passivität der deutschen Handelsbilanz in dauerndem Steigen begriffen. Der Einfuhrüberschuß erreichte in den ersten fünf Monaten des Jahres 1,3 Milliarden Mark. Ueber die Beurteilung der Bedeutung der passiven Zahlungsbilanz gehen die Meinungen auseinander. Der Reichswirtschaftsminister Curtius hält sie in Anbetracht des Konjunkturaufschwungs und des Einströmens von Auslandskapitalien für natürlich und für unbedenklich, während der Reichsernährungsminister Schiele, um für seine Getreidezölle Stimmung zu machen, diese Entwicklung als verhängnisvoll bezeichnet hat. Der Reichsbankpräsident Schacht scheint die passive Handelsbilanz als Folge einer „Konjunktur auf Borg“, d. h. einer mit Hilfe von Auslandsanleihen herbeigeführten Konjunktur, ebenfalls für gefährlich zu halten. Wie soll man nun die Passivität der Handelsbilanz beurteilen? Zunächst sei hervorgehoben, daß der große Einfuhrüberschuß auf die außerordentlich erhöhte Getreideeinfuhr infolge der schlechten Ernte des Vorjahres zurückzuführen ist, außerdem auf die stark vermehrte Rohstoffeinfuhr, die in den ersten 5 Monaten nicht weniger als 278,1 Millionen Mark betrug. Diese Rohstoffe wurden zwar z. T. für den inneren Konsum verwendet, z. T. dienen sie aber zu einer Lagerbildung, welche die künftige Rohstoffeinfuhr einzuschränken bzw. die Ausfuhr zu fördern geeignet ist. Des Weiteren verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß die deutsche Ausfuhr trotz guter Inlandskonjunktur nicht abnimmt, sondern in einer stetigen, wenn auch im Vergleich zur Einfuhr langsamen Zunahme begriffen ist. Was nun die Rolle der Auslandsanleihen anbelangt, so führen sie ohne Zweifel zu einer erheblichen Einfuhrsteigerung, weil aus ihrem Erlös Rohstoffe, Produktionsmittel und Lebensmittel eingeführt werden. Der kürzlich vorgebrachte Hinweis darauf, daß die Einfuhrsteigerung als Folge der Auslandsanleihen keine normale Sache sei, weil ja die Länder mit Kapitaleinfuhr (Rußland, Rumänien, Indien, und auch die Vereinigten Staaten, die vor dem Krieg noch ein Kapitaleinfuhrland waren), vor dem Krieg sämtlich eine aktive Handelsbilanz hatten, besteht zu Recht. Er zeigt aber nur, daß die deutsche Wirtschaft sich gegenwärtig in einem Stadium des Niederganges befindet. Wenn das Ausland Anleihen gibt, und zwar in der Erwartung, daß diese auch verzinst und zurückgezahlt werden, so geschieht das in der Annahme, daß die Wirtschaftsstruktur des Schuldnerlandes sich mit der Zeit

ändern wird, d. h. daß es aus einem Land mit passiver Zahlungsbilanz zu einem mit aktiver werden wird. Dazu gehört aber Zeit. Deutschland muß zunächst seine Wirtschaft mit Hilfe von Auslandsanleihen in die Höhe bringen, um später eine dauernd aktive Zahlungsbilanz zu haben. Der Hinweis darauf, daß dies schon jetzt der Fall sein müsse, weil die Rationalisierung der Produktion bereits vollendet sei und wir deren Früchte in Form einer aktiven Zahlungsbilanz daher bereits genießen müßten, ist nicht ganz stichhaltig. Abgesehen davon, daß auch für Rationalisierungszwecke Kapitalien noch vielfach erforderlich sind, bedeutete die Rationalisierung die Freisetzung von Arbeitskräften und eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Der Bedarf der großen Massen der Arbeitnehmer an Bekleidungsartikeln usw. wurde länger als ein Jahr zurückgestellt und kann erst jetzt mehr oder weniger befriedigt werden. Auch wurden für den Wohnungsbau nicht die notwendigen Kapitalien verwendet. Die Befriedigung dieses zurückgestellten, jedoch unbedingt nötigen Verbrauchsbedarfs muß sich jetzt in Form eines Einfuhrüberschusses geltend machen. Die steigende Passivität der Handelsbilanz zeigt — so wurde behauptet — daß wir gegenwärtig über unsere Verhältnisse leben. Was soll nur dieses verhängliche Schlagwort bedeuten? Es kann nur bedeuten, entweder daß die Produktionsanlagen übermäßig erweitert werden oder aber daß der Verbrauch von hohen Löhnen, Soziallasten, Beamtgehältern usw. zu hoch ist. Was das erstere anbelangt, so mag die Rationalisierung vielfach in einem zu raschen Tempo vorgenommen worden sein — ein Grund für die große Arbeitslosigkeit. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß sich daraus auf die Dauer eine Verschlechterung der Handelsbilanz ergeben müßte, vielmehr ist davon deren Verbesserung zu erwarten. Zudem wird in letzter Zeit der Ausbau des Produktionsapparates in erster Linie von Industriezweigen vorgenommen, die die Erweiterung aus eigenen Mitteln, d. h. mit Hilfe ihrer übermäßigen Gewinne, nicht aber aus Auslandsanleihen vornehmen, wie der Ausbau der Rokokereien durch die Schwerindustrie oder die großen Arbeiten des Farbendrucks und der Reichsbahn. Mit dem Wohnungsbau sind wir aber derart zurückgeblieben, daß die Volksgesundheit schwer darunter gelitten hat. Daß aber die deutschen Löhne und Gehälter nach den großen Entbehrungen der Inflations- und Krisenzeit übermäßig hoch seien, wird kein Vernünftiger behaupten können. Somit müssen wir die

Passivität der Handelsbilanz in der gegenwärtigen Periode als eine natürliche und unvermeidliche Erscheinung ansehen. Es wäre allerdings verhängnisvoll, wenn hierin eine neue Wirtschaftskrise, welche den inneren Bedarf und daher auch die Einfuhr droffeln und die Ausfuhr gewaltsam steigern müßte, Wandel schaffen würde. Zu einer solchen Krise wird es aber kommen, wenn es nicht gelingt, das inländische Preisniveau zu senken bzw. seinem Steigen Einhalt zu gebieten, weil dann ein neues Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch entstehen muß. Die Verbesserung der Handelsbilanz braucht aber weder durch eine Krise des Inlandsmarktes erkaufte zu werden noch durch eine Drosselung der Einfuhr, sondern sie kann durch die Steigerung der Ausfuhr erreicht werden. Dies ist zum Teil eine weltwirtschaftliche Frage und hängt davon ab, wie sich die Kaufkraft im Ausland entwickelt, ob vernünftige Handelsverträge zustande kommen und ob der für die deutsche Wirtschaft verlustbringenden Schleuderausfuhr ein Ende bereitet werden kann. Was wir brauchen, ist eine Ausfuhr, die sich auf der Grundlage eines breiten inneren Absatzes vollzieht, nicht aber auf der veränderten Basis einer Wirtschaftskrise; dazu ist aber eine veränderte Preispolitik der Unternehmer die wichtigste Vorbedingung.

Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur Festsetzung der Preise für Textilzeugnisse.

Dieser Tage traten in Berlin auf Einladung der Fachgruppe Textil- und Bekleidungsindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, sowie des Textilgroßhandelsausschusses und des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Uebersee-handels, Vertreter der interessierten Verbände und Korporationen zusammen, um eine Lieferantenarbeitsgemeinschaft zu gründen. Welche Interessen bzw. welche Motive dieser Gründung zugrunde lagen, geht deutlich aus nachstehender Entschliessung, die dort einstimmig gefaßt wurde, hervor. Sie lautet:

„Die in der Sitzung vom 14. Juli 1927 in Berlin versammelten Vertreter von 85 Verbänden der Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und des Textilgroßhandels haben sich vor die Aufgabe gestellt, zur Abwehr der Angriffe auf die Verkaufs- und Lieferungsbedingungen der Verbände, insbesondere gegen die Ansprüche einzelner Abnehmer oder Konzerne auf Sondervergünstigungen, die über die Verkaufsbedingungen hinausgehen, besondere Maßnahmen zu ergreifen und zu diesem Zwecke eine Gemeinschaftsarbeit aufzunehmen, durch welche die im Laufe der letzten Jahrzehnte aufgebaute Ordnung gewährleistet werden soll, die als eine wesentliche Voraussetzung für den Bestand der Textilwirtschaft bezeichnet werden muß. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wird ein besonderer Arbeitsausschuß gebildet, in den die Fachgruppe Textilindustrie sechs, die Fachgruppe Bekleidungsindustrie und der Textilgroßhandel je drei Vertreter entsenden.“

Durch Gemeinschaftsarbeit soll die im Laufe der letzten Jahrzehnte aufgebaute Ordnung gewährleistet werden. Das heißt nichts anderes, als es soll und dürfen Textilwaren zu keinem anderen als dem von der Arbeitsgemeinschaft festgelegten Preis an die Händler einerseits bzw. an die Konsumenten andererseits abgegeben werden. Daß man dabei nicht zuletzt an den eigenen Nutzen und an den Vorteil der „Gemeinschaftsarbeiter“ gedacht hat, versteht sich von selbst. Die breite Masse der Verbraucher soll und wird in Zukunft durch Preisdiktate noch mehr als bisher geschröpft werden.

Die Lebenshaltungskosten steigen!

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die, wenn auch nach unserem Dafürhalten nicht ein vollständiges, so aber doch immerhin brauchbares Bild über die Preisgestaltung ergibt, hat in den letzten Monaten eine stetige Aufwärtsentwicklung erfahren. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes in

Inhalt: Sozialkapitalismus in Deutschland? — Berufszählung als Wirtschaftsbarometer. — Der Streit um die passive Handelsbilanz. — Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur Festsetzung der Preise für Textilzeugnisse. — Die Lebenshaltungskosten steigen! — Aus der Textilindustrie. — Das neue Ferienheim Frauenwald der Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde in Teuba. — Frauenanteil. — Tagung des Generalrats der Internationalen Textilarbeiter-Föderation. — Berichte aus Frankreich. — „Omela“. — Literatur. — Bekanntschaften. — Anzeigen. — Einen Augenblick, bitte! — „Freundschaft“. — Wie die Angehörigen der einzelnen Berufe sterben! — Beilage: Unfälle in der sächsischen Textilindustrie. — Die Bedeutung der Gewerkschaften. — Gaulkonferenz in Nürnberg. — Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz. — Berichte aus Frankreich. — Die Bombe. — Unterhaltungsteil: Zur Geschichte der Teppichweberei (Schluß).

Recht interessant ist die Untersuchung des Anteils der Arbeiter, der Selbständigen und Unselbständigen an der Gesamtzahl der in Erwerbsleben stehenden Bevölkerung. Dabei erfahren wir, daß die Arbeiter mit 14,5 Millionen an der Spitze aller Erwerbstätigen marschieren, dann erst folgen mit 5,5 Millionen oder 17 Proz. Anteil die Selbständigen, die Angestellten und Beamten mit ebenfalls 5,3 Millionen und die Hausangestellten mit der großen Zahl von 1,3 Millionen. Diese statistische Feststellung ergibt, daß von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen über 83 Proz. in einem Arbeitsverhältnis stehen und nur 17 Proz. selbständig und unabhängig sind.

Für die Beurteilung der sozialen Struktur Deutschlands und für die Wandlungen in unserer Wirtschaft recht bedeut-

same Feststellungen. Aus den Zahlen ergibt sich erstens die Zunahme der Erwerbstätigen überhaupt, ein Beweis für die zunehmende Proletarisierung und soziale Umschichtung für die maschinelle Entwicklung und für die Gefahren der Rationalisierung. Die Maschinenkraft setzt mehr Arbeitskräfte frei, der Arbeitsraum wird immer geringer, ein geburtenreiches Jahr rückt heran und wirft erwachsene Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, die nicht aufgenommen werden können. Daraus ergeben sich die großen Arbeitskrisen, die verhängnisvoll für die Arbeiterklasse werden. Mit der zunehmenden Industrialisierung und Maschinenleistung und Rationalisierung fällt aber auch noch die immer mehr zunehmende Abwanderung vom Land in die Stadt zusammen, noch mehr Arbeitskräfte ziehen sich in den großen Industriestädten zusammen und verstärken den bedrohlichen Charakter der Arbeitskrisen. Aber auch die

Zunahme der Frauenerwerbsarbeit

trägt nicht zur Verminderung und Abschwächung dieser Krisen bei. Sie verstärkt im Gegenteil das Krisenhafte unseres heutigen unruhigen Arbeitsprozesses. Betrachten wir die Zunahme der erwerbstätigen Frauen vom 16. bis 65. Lebensjahre, so sehen wir, daß etwa 5,2 Millionen Frauen mehr in den Arbeitsprozess eingegliedert sind, deswegen, weil die Frauen nicht mehr allein in der Ehe die wirtschaftliche Versorgung finden, sondern auch im Beruf.

Ein Vergleich der Berufszählungen aus dem Jahre 1907 und der letzten im Jahre 1925 vorgenommenen läßt am schärfsten die soziale und wirtschaftliche Umwandlung Deutschlands seit dem Kriege erkennen.

Einen Augenblick, bitte!

„Freundschaft.“

Ich denke immer an ein Erlebnis, daß so schön und so erhebend war, daß ich es nie vergessen werde.

Wie wenn es gestern erst gewesen wäre, stehen die Bilder dieses Erlebnis' vor mir, und es war rein äußerlich betrachtet, doch nur eine Kleinigkeit.

In Wien war's, dieser herrlichen proletarischen Stadt, in der zurzeit, wo diese Zeilen gedruckt werden, die Arbeiterklasse im beherztigsten Kampf gegen die Reaktion und der mit ihr verbundenen Zucht steht. Im Juli 1926. Wir feierten das große Arbeiterturn- und -sportfest, welches verbunden war mit einer großen Anschließungsgebung. Der Festzug der Hunderttausend bewegte sich an dem glühend heißen Hochsommertag durch die Straßen. Die Hitze trocknete unsere Gaumen. Da erschienen wie Retter in der Not die „roten Falken“, die Zwölf- bis Fünfzehnjährigen der österreichischen Arbeiterbewegung, mit Kannen und Trintgeschäßen, angefüllt mit kühnem Quellwasser.

Wir dankten, und die frisch, numerten Proletariatskinder in ihrer schmanden Tracht der „roten Falken“ riefen uns beim Weitergehen ein herzliches, kräftiges, ehrliches „Freundschaft“ zu, den in Oesterreich vom Reichsberg bis zum Burgenland allgemein gebräuchlichen Gruß des „Guten Tag“ zum Gruß.

Ein herrlicher Gruß für wahr!

Ich habe schon immer im stillen gewünscht, man möchte diesen schönen Gruß auch in Deutschland von Konstanz bis nach Königsberg in der Pforte gebrauchen.

Und dann hörte ich diesen Gruß millionenfach von den Spalier-Bänden, von jedem, den ich um Auskunft frag.

Wie ein Schmen verblüht gegen diesen Gruß „Freundschaft“ das kalte bedürftige „Guten Tag“, das „Guten Abend“ oder „Grüß Gott“, welche, die so gedankenlos oft hingeflohen und dadurch fast wertlos werden.

„Freundschaft!“ Die Worte können nie so gedankenlos als Gruß gesprochen werden.

„Freundschaft“ nötigt uns zum Nachdenken.

„Es bindet aneinander. Verpflichtet zur gegenseitigen Achtung. Es befiehlt uns, zum anderen höflich und nett zu sein. Freundlich zu sein. Du kommst doch zu dem, den du eben mit „Freundschaft“ begrüßt hast, als Genosse deiner Gesinnung, nicht mit Grobheiten kommen. „Freundschaft“ nötigt zur sachlichen Freundschaft in der Diskussion in unseren Versammlungen, verpflichtet zur Hilfsbereitschaft gegenüber Genossen und Genossinnen. Und brauchen wir denn nicht oft bitter notwendig diese „Freundschaft“ in Partei und Gewerkschaften?“

* * *

Richard Wagner, der große Musiker, der Komponist des „Ring der Nibelungen“, des „Lannhäuser“, des „Parsifal“, des „Cohen-grin“ komponierte nicht nur, er war auch ein Revolutionär der 48er Jahre. Wir wissen alle, daß er aus Sachsen flüchten mußte vor den Särgen der Reaktion, wissen, daß die königlich sächsische Hermandad einen Steckbrief hinter ihm erlassen hat, „wegen politischer Umtriebe“.

Dieser Revolutionär Richard Wagner schrieb einmal die goldenen Worte:

„Es ist die Bestimmung der Menschheit, durch die immer höhere Vervollkommnung ihrer geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte zu immer höherem, reinerem Glücke zu gelangen. Der einzelne Mensch ist nur ein Teil des Ganzen; vereinzelt für sich ist er nichts, nur allein als Teil des Ganzen findet er seine Bestimmung, sein Recht, sein Glück.“

Ein Wort, das unser großer Friedrich Engels geschrieben haben könnte.

Warum sehe ich dieses Wort hierher zu einigen Zeilen, die ich „Freundschaft“ betitelt? Unsere Partei, unsere Gewerkschaften, unsere Arbeiterjugend, unsere Arbeitersportler und Arbeiterfänger, alle sind sie ein Teil des Ganzen, das wir Arbeiterbewegung nennen.

Im Herzen fühlen wir alle den Willen, die Kraft, im Kampf gegen alle Reaktion, im Krieg gegen die Lohnsklaverei, gegen das menschenfeindliche System des Kapitalismus gemeinsam zu marschieren.

Wir können aber nur dann die bessere Welt erbauen, wenn wir, die proletarischen Kreise, unter uns in Freundschaft leben.

„Freundschaft!“ Nur ein Wort. Ein kleines Wort allein aber kann Wunder wirken. Vor allem ein freundschaftliches Wort zum Gruß reiht feindliche Wälle nieder, veröhnt Gegner. Freundschaftliche Begrüßung verhindert Gefährlichkeiten, die vielleicht sich eingestellt hätten, wenn wir das gedankenlose „Guten Tag“ gemurmelt hätten.

Das goldene Wörtchen „Freundschaft“ wird uns selbst erziehen zu freundlicherem Ton.

„Freundschaft“ soll uns zur Liebe zum Gesinnungsgenossen, zu menschlichem Verstehen aller Handlungen unserer Klassengenossen erziehen.

„Freundschaft“ soll alle kleinliche Kritik aus unseren Reihen verbannen.

Nur in Freundschaft des Schaffenden zum Schaffenden wird der Kampf gegen unsere Klassengegner Erfolg haben!

Darum sei unser Gruß in Partei und Gewerkschaft, in allen proletarischen Vereinen, so weit die deutsche Zunge klingt:

„Freundschaft!“

Wie die Angehörigen der einzelnen Berufe sterben!

Der Bergmann verfährt seine letzte Schicht. Der Luftschiffer fährt gen Himmel. Der Seemann läuft in den Hafen der ewigen Ruhe ein. Der Ringkämpfer und die Waschfrau haben ausgerungen. Der Schlosser hat sein Dasein beschloffen. Der Soldat marschiert zur großen Armee. Der Jäger siedelt in die ewigen Jagdgründe über. Der Strumpfwirker sockt ab. Der Geistliche segnet das Zeitliche. Der Jurist tritt vor seinen Richter. Der Gärtner beißt ins Gras. Dem Uhrmacher hat die letzte Stunde geschlagen. Dem Schneider reißt der Lebensfaden. Der Schornsteinfeger kehrt nie wieder.

Ganz allgemein gesprochen aber tritt man vor Gott, oder man wird vom Teufel geholt.

Berlin betrug sie (die Preisgestaltung von 1913 = 100 genommen) für den Monat Juni 147,7 gegen 146,5 im Vormonat. Sie ist damit um 0,8 Proz. gestiegen. Die Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, die bis auf wenige Ausnahmen eine aufwärtsgerichtete Tendenz aufweisen.

Ist auch die Steigerung im letztvergangenen Monat eine nicht allzu erhebliche, so ändert sich jedoch das Bild, wenn man die Steigerung der Lebenshaltungskosten von Anfang dieses Jahres ab betrachtet. Nachstehende Tabelle gibt darüber einen Überblick.

Table with 5 columns: Item, Jan. 1927, März 1927, Mai 1927, Juni 1927. Rows include: für die Gesamtlebenshaltung, für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiger Bedarf.

Aus dieser Aufstellung geht also hervor, daß die Gesamt-Lebenshaltungskosten ohne Unterbrechung im Laufe dieses Jahres gestiegen sind. Viele Wenige geben im Laufe der Monate auch ein Ziel, so daß in jeder Beziehung die Arbeiterschaft daraus die Konsequenzen ziehen muß.

Preissteigerungen bei der Ernährung wie bei der Bekleidung sind die hauptsächlichsten Ursachen der immer mehr und mehr sich steigernden Indexziffer. Die Agrarpolitik des gegenwärtig in Deutschland regierenden Besitzbürgerblocks ist nicht dazu angetan, eine Milderung in der sich seit Monaten bemerkbar machenden Tendenz herbeizuführen, sondern wird im Gegenteil eine weitere nicht unerhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten in Zukunft mit sich bringen.

Aus der Textilindustrie.

Vom Textilmarkt.

Die Baumwolle liegt seit einiger Zeit äußerst fest, weil die Nachrichten aus den Anbaubezirken der Vereinigten Staaten die Nervosität an den Märkten aufrecht erhalten oder sogar noch steigern. Dabei ist das Wetter durchschnittlich gar nicht so ungünstig, aber alle Berichte erklären übereinstimmend, daß der Rüffelkäfer sich bedrohlich rasch vermehrt und so gut wie sicher in diesem Jahre wieder großen Schaden anrichten werde.

An den Wollmärkten wirkt sich die Anregung, die aus dem nassen und kalten Frühjahr stammt, weiter aus und der Beginn der Londoner Zulieferung zeigt Preise, die gegenüber dem Mai um 5 bis 10 Proz. erhöht sind. Im allgemeinen ist das Geschäft auch leidlich lebhaft.

Preiserhöhung für Kunstseide.

Die Kunstseidenindustrie ist bekanntlich international verflochten und verkräftet. Diese verhältnismäßig junge Industrie kennt keine Kleinbetriebe. Die mächtvollen Trusts der Haupterzeugungsländer bilden produktionsstechnisch, organisatorisch und finanziell fast eine sonst nirgends erreichte Einheit. Die deutsche Kunstseidenindustrie steht in der Qualität und ihrer technischen Ausgestaltung an der Spitze. Schon länger werden Versuche unternommen, die Kunstseidenpreise zu erhöhen.

Stufe getrieben. Glänzende Gewinne winken. Aus diesen Gründen stiegen die Preise dieser Unternehmungen an der Börse bis zur unerreichten Höhe. Hand in Hand damit ging die internationale Verflüchtigung. Und nun, da dies alles erreicht ist und die Bevölkerung begierig auf die Früchte dieser großartigen Entwicklung wartet, da gibt man bekannt, daß eine Preiserhöhung sich nicht mehr umgehen lasse. Echt großkapitalistische Logik! Wieder ein Beweis, daß man seine Hoffnungen auf Belebung des Konsums durch die Rationalisierungen langsam begraben muß.

Erhöhte Preise für Jutegebe.

Einer Mitteilung der „Textil-Zeitung“ zufolge hat die Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller beschlossen, die Preise für Jutegebe pro Kilo auf 1,32 Mark zu erhöhen. Die Preise für Jutegarne sind vorerst noch unverändert geblieben.

Rationalisierung in der russischen Textilindustrie.

Dem „Konfektionär“ zufolge sollen auf Vorschlag des russischen Volkswirtschaftsrates bis spätestens Oktober d. J. die großen russischen Feintuch- und Kammgarnfabrikationsgruppen „Mosknotrust“ und „Kammwolltrust“ unter dem Namen „Erster Staatswolltrust“ zusammengeschlossen werden. 200 000 bis 300 000 Rubel Ersparnis soll dieser Zusammenschluß bringen, sowie auch eine Rationalisierung auf dem Gebiete des Rohstoffeinkaufs und des Warenverkaufs ermöglichen.

Auf dem russischen Textilmarkt sind im übrigen in letzter Zeit wieder erhebliche Käufe von deutschen Textilmaschinen zu verzeichnen. Der Moskauer Trikotagerüst J. B. hat für 450 000 Rubel Strumpfwirkmaschinen im Rahmen der deutschen Ausfallbürgschaft erworben. Des weiteren hat eine Chemnitzer Firma von der armenischen Sowjetrepublik Auftrag erhalten, eine komplette Fabrikeinrichtung von 25 000 Baumwollspindeln sowie die Maschinen für eine Trikotagenfabrik zu liefern.

Errichtung von Trikotagenfabriken in Südafrika.

Einer Mitteilung der „T. Z.“ zufolge werden in Südafrika, und zwar in Port Elizabeth und in Johannesburg zwei Trikotagenfabriken errichtet werden. Geplant ist, in den Fabriken Strümpfe, Sweater, Badeanzüge und ähnliches herzustellen. Die Fabrik von Port Elizabeth ist die größere von beiden. Sachverständige und ein Fabrikdirektor aus Lancashire (England) werden die neuen Fabriken und das einheimische Personal einarbeiten.

Eine Jutefabrik in Rumänien.

Ein Manchesterer Fabrikant läßt im Verein mit den Banken Banca Romanca und Banko Christopoloni in Constanza die erste rumänische Jutefabrik erbauen. Die neue Firma hat, wie die „T. Z.“ mitteilt, ein Grundkapital von 150 000 Pfund Sterling und nennt sich Anglo-Romana Jute- und Hanfindustrie A.-G., Bukarest. Geplant ist, die Fabrik vorerst mit 3000 Spindeln und 200 Webstühlen (englische Maschinen) auszustatten.

Das neue Ferienheim Frauenwald der Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde in Jena.

Was den Arbeitern genommen wurde, holen sie sich besser wieder.

Von Martin Bräuer.

Die gegenwärtigen Verhältnisse erschweren mehr denn je das Vorhandensein der Ferienheimgenossenschaft nach einer eigenen Ferienkultur zu fördern. In der Ferienheim-Genossenschaft „Naturfreunde“ in Jena, ist eine Organisation entstanden, die schon beachtenswertere auf diesem Gebiet geleistet hat. Wir glauben sowohl dieser Organisation wie auch der Arbeiterschaft zu dienen, wenn wir nachstehenden Artikel auch hier in unserer Blätter zum Ausdruck bringen. Die Redaktion.

Es ist der besondere Jorn der reaktionären Gesellschaft, daß sich die Arbeiterschaft mehr und mehr auch auf kulturellem Gebiete bewegt. Politisch, nun, da ist nichts mehr zu ändern. Und auch der Marsch der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete ist nicht mehr aufzuhalten. Damit hat man sich allmählich abgefunden. Aber daß diese Proleten nun herkommen und sich auch kulturell selbständig machen wollen, daß sie jede geistige Bevormundung ablehnen und so allmählich der geistigen Führung der bürgerlichen Gesellschaft völlig entgleiten, das ist nicht so leicht zu überwinden.

Da hat man nun alles mögliche getan. Man machte in romantischer Naturchwärmerei, gründete Volkshochschulen, Schrebergartenvereine, schuf eine Wochenendbewegung und was weiß ich noch, um sich auf Umwegen den geistigen Einfluß über die Arbeiterschaft zu sichern oder diese doch wenigstens von ihren Klassenkämpferischen Aufgaben abzulenken. Aber das Proletariat ließ sich nicht verwirren. Es packte herzhafte zu und gestaltete sich eine eigene Kultur. Proletarische Wandervereine wurden geschaffen. Die Tätigkeit der „Naturfreunde“, im Sinne einer sozialistischen Kultur, ist schon seit Jahren bedeutend. Nur nebenbei sei erwähnt, daß auch Volkshochschule und viele andere von der bürgerlichen Gesellschaft zu ganz bestimmten Zwecken propagierte Bewegungen vom Proletariat teilweise erobert und in seinem Sinne gestaltet wurden. Nicht zuletzt auch jene Bewegung, die mit der Schaffung einer Ferienkultur zusammenhängt.

Das hat den Unwillen der Klopfflechter des Kapitalismus erregt. Man hat dem Erwerbstätigen die Ferien überhaupt nur äußerst ungern eingeräumt und möchte sie lieber heute als morgen wieder beseitigen. Nun kommen aber diese Proleten noch her und schaffen sich eigene Ferienheime, tun so, als ob sie Anspruch auf regelmäßigen Urlaub hätten. Ja, wenn sie die Tage in den Ferien sitzen und sich den Kopf umnebeln lassen würden, dann möchte das noch angehen. Dann würden sie zugleich auch Waffen für den Kampf gegen die Ferien schmieden. So etwas könnte man sich schon gefallen lassen.

Das Bürgertum verkennt keinen Augenblick, wie wichtig für die Arbeiterschaft eigene Ferienheime sind. Sie sieht in ihnen die Erholungsheime für die Kämpfer des Sozialismus. Und darum gilt auch der Ferienheimgenossenschaft, die schon eine ganze Reihe Heime im Betrieb hat, der uneingeschränkte Kampf, der mit allen Mitteln geführt wird. Es ist ein Kampf gegen Veruche einer sozialistischen Ferienkultur.

Wo es möglich war, wurden der Genossenschaft die bewirtschafteten Heime abgetrieben. Zuerst war Reinhardtshaus an der Reihe. Sofort, nachdem dem einstigen Gotthard Herzog keine dem Volke gehörigen Befugnisse wieder geschenkt worden waren, mußte die Ferienheimgenossenschaft räumen. Aber der Schlag wurde pariert. In Friedrichroda erstand als Ersatz ein größeres Heim.

Auch die Treibereien gegen das Stutenhaus, das dem preussischen Staate gehört, hatten jetzt betamlich Erfolg. Die Genossenschaft, die nur Unterpächter war und die Pachtsumme pünktlich gezahlt hatte, flog hinaus wegen angeblicher Mietschulden. (In der Tat war die Summe auf Wunsch der Regierung an diese direkt und nicht an den eigentlichen zuständigen Pächter gezahlt worden.) Aber der Pächter, der seit 1921 keinen Pfennig an die Regierung ent-

Ziel der Frauen: Mitzubauen
Vollbesitz und Selbstbestimmtheit

* FRAUENTEIL *

Zu entfalten, zu gestalten
Großen Zug der Menschlichkeit
Karl Henckell

Die Schmerzreichen.

Von Ada Negri.

Ein lautes, jammervolles Klagen drang zu mir, wie vieler Wogen wilder Klang. Im kranken Mutterschoße trugen wir armfelge Wesen, nur zum Weinen hier. Das Blut aus unsern Adern, matt, verblaßt, erhielten sie, und unsrer Ketten Last. Gern wären wir am Tag für sie bereit; doch ist der Tag kurz, zu lang die Arbeitszeit; der Lebensunterhalt hält uns mit Krallen fest, indes die Straße uns das Kind verderben läßt. Uns Müttern drückt nur Sorge das Gemüt, an roßgen Wiegen singen wir kein Lied; sing' du, damit die Welt zum Mitgefühl aufschraut von dieser Marterqual der Mutterschaft!

Erweiterung des gesetzlichen Mutterschutzes.

In Ergänzung der Neuregelung der Wochenhilfe vom 1. Oktober 1926 hat der Reichstag in seiner Plenarsitzung am 7. Juli d. J. ein Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft beschlossen.

Sein Geltungsbereich erstreckt sich auf weibliche Arbeitnehmer, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Im § 2 dieses Gesetzes wird festgelegt, daß Schwangere berechtigt sind, die ihnen aus dem Arbeitsvertrag obliegende Arbeitsleistung zu verweigern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie voraussichtlich binnen 6 Wochen niederkommen. Wöchnerinnen dürfen binnen 6 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden; während weiterer sechs Wochen sind sie berechtigt, ihrer Erwerbsarbeit fernzubleiben, wenn sie durch ein ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie wegen einer Folge ihrer Schwangerschaft oder Niederkunft verhindert sind ihre Arbeit aufzunehmen. Stillenden Frauen ist auf ihr Verlangen nach ihrer Niederkunft die zum Stillen erforderliche Zeit bis zu zweimal einer halben oder einmal einer ganzen Stunde täglich von der Arbeit freizugeben. Eine Kündigung des Arbeitgebers ist unwirksam in einem Zeitraum von sechs Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft, wenn dem Arbeitgeber zur Zeit der Kündigung die Schwangerschaft oder Entbindung bekannt ist. Ist die Arbeitnehmerin bei Ablauf der Kündigungsfrist wegen einer Krankheit, die nach ärztlichem Zeugnis eine Folge ihrer Schwangerschaft oder Niederkunft ist, an ihrer Arbeit verhindert, so verlängert sich die Frist, längstens jedoch um weitere sechs Wochen. Unberührt bleibt die Wirksamkeit von Kündigungen, die aus einem wichtigen, nicht mit der Schwangerschaft oder Niederkunft zusammenhängenden Grund erfolgen. Arbeitgeber, die dem Gesetz vorläufig oder faktisch zuwiderhandeln, haben Geldstrafen zu gewärtigen, bei erneutem vorläufigem Zuwiderhandeln außer Geldstrafen Gefängnis bis zu sechs Monaten.

Somit der kurz skizzierte Inhalt des Gesetzes; das am 1. August 1927 in Kraft tritt und uns wieder einen Schritt vorwärts in unserem Kampfe um ausreichenden gesetzlichen Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz gebracht hat.

Besonders zu erwähnen sei ferner, daß der Reichstag mit obgenanntem Gesetz gleichzeitig das Washingtoner Ueber-

einkommen betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft ratifiziert hat und damit dem Internationalen Uebereinkommen vom 28. November 1919 zugestimmt hat. Damit ist wieder eine alte sozialdemokratische Forderung erfüllt.

Vergleicht man nun den Inhalt des Washingtoner Abkommens mit der Neuregelung unseres gesetzlichen Mutterschutzes, so bleibt doch die Frage offen, ob das zurzeit bei uns gezahlte Wochenlohn, das im Durchschnitt nur 60 Proz. des Arbeitsverdienstes beträgt, als eine Unterstützung angesehen werden kann, die ausreichend ist, um Mutter und Kind in guten gesundheitlichen Verhältnissen zu erhalten. Wir wagen es stark zu bezweifeln, und wir werden daher unseren Kampf fortsetzen, bis der schwangeren Arbeiterin der entgehende Arbeitsverdienst durch Staatsmittel oder durch eine zu schaffende obligatorische Versicherung vergütet wird. Erst wenn das erfüllt ist und wenn die einzelnen Länder Deutschlands dem Beispiel Sachsens folgen, besondere Mittel zur Fürsorge der Schwangeren bereitzustellen, können wir von einem wirksamen gesetzlichen Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz sprechen.

Die Arbeiterin und das Arbeitsgerichtsgesetz.

Wir erblicken in dem Arbeitsgerichtsgesetz (AGG.), das am 23. Dezember 1926 vom Reichstag beschlossen wurde und am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten ist, einen wesentlichen Fortschritt zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts. Denn alle Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, werden nun vor den Arbeitsgerichten erledigt. So zum Beispiel alle Streitfälle aus Tarifverträgen, aus der Betriebsratspraxis, aus Lehrverträgen usw. Schon daraus geht hervor, wie groß und für die Arbeiterschaft bedeutendes Aufgabengebiet diesen Arbeitsgerichten zufällt. Es ist daher selbstverständlich, daß unsere freien Gewerkschaften, die in diesem Gesetz als parteifähige Körperschaft anerkannt worden sind, Wert darauf legen, tüchtige Kräfte als Beisitzer in die Arbeitsgerichte zu entsenden. In Bezirken, die eine starke Zahl weiblicher Arbeitnehmer aufweist, wird es vorteilhaft sein, aus den Reihen der Arbeiterinnen Vertreterinnen in die Arbeitsgerichte zu entsenden. Denn im § 21 Absatz 1 des AGG. heißt es ausdrücklich: „Als Beisitzer sind Männer und Frauen zu berufen, die reichsdeutsche Angehörige sind und das 25. Lebensjahr vollendet haben.“ Die neuen Vorschlagslisten werden zum Ausdruck bringen, inwiefern die Arbeiterinnen ihr Recht auf diesem Gebiete geltend gemacht haben. Gibt es doch eine ganze Anzahl Arbeiterinnen, die sich durch gewerkschaftliche Schulung die Fähigkeiten erworben haben, öffentlichen Ämter zu bekleiden und sich als Mitglied des Betriebsrates, des Arbeiterrates, als Mitglied in Verwaltungs- und Fachauschüssen des Arbeitnachweises, als Mitglied der Krankentafelenausschüsse, als Schöffen und Geschworene usw., schon gut bewährt haben. Leider waren es im Verhältnis der großen weiblichen Beschäftigungszahl immer noch sehr wenige, doch gerade diese Tatsache sollte unsere Arbeiterschwestern anspornen, sich intensiver mit arbeitsrechtlichen Fragen zu befassen und sich aktiver an den Aufgaben zu beteiligen, die die Gewerkschaften zur Förderung eines „einheitlichen Arbeitsrechts“ zu erfüllen haben. Wie in allen übrigen Körperschaften die Mitarbeit der Frauen schon gute Früchte getragen hat, wird auch die Tätigkeit der Frauen in den Arbeitsgerichten von Nutzen für die Arbeiterschaft und insbesondere für die Arbeiterinnen im allgemeinen sein. Denn darin liegt der große Wert der gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiterin, daß sie zur aktiven Kämpferin und Mitarbeiterin an allen Fragen, die die Arbeiterschaft berühren, erzogen wird; denn unser Leitfaden ist:

Durch gemeinsamen Kampf zum Sieg!

GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSGIGARETTEN
 THADMOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf. Nur zu haben im
 ZERONTH zu 5 Pf. * duftig * leicht * mild **KONSUMVEREIN**

richtet hat, der sich heute noch im Stutenhaus. Der Streich war endlich gelungen.

Aber auch hier irrten die Herrschaften, wenn sie annahmen, daß die Ferienheimgenossenschaft dadurch in große Verlegenheit gebracht werden würde. Noch nicht eine Woche nach der erzwungenen Räumung des Stutenhauses wurde der Betrieb in einem nunmehr eigenen Heim in Frauenwald in noch besserer Lage — vorläufig noch in beschränktem Umfange — wieder aufgenommen. Auch hier wurde der Streich glänzend pariert.

Das Ferienheim Frauenwald ist räumlich größer als das Stutenhaus. Es besteht aus zwei großen Gebäuden. In diesem Herbst sind noch einige Umbauten vorzunehmen, Wände einzuziehen. Nach Fertigstellung werden etwa 140 Personen Unterkunft finden können. Die Räumlichkeiten sind maßvoller als das Stutenhaus. Es ist Zentralheizung, Badeeinrichtung und teilweise Wasserloset vorhanden, zweifellos ein wesentlicher Gewinn. Küche und Speisesaal liegen nebeneinander im Erdgeschoß, womit die unansehnlichen Zustände im Stutenhaus (die Küche hatte ihren Platz im Keller) beseitigt sein werden.

Dieser oder jener Naturfreund wird vielleicht eines bemängeln: Das Stutenhaus lag einst im Walde, während das Frauenwalder Heim am Ende des Dorfes, also weniger abgetrennt gelegen ist. Doch manchen wird auch das freuen, hat es doch die Annehmlichkeit eines unmittelbaren Bahnanschlusses zur Folge.

Da Frauenwald auf einem Hochplateau liegt, hat man nach allen Richtungen einen wunderschönen Fernblick. Vom Heim aus sieht man die Höhenzüge des Thüringer Waldes in der Richtung nach Neustadt am Rennsteig. Am anderen Ende des Dorfes zeigt sich aber ein wunderschöner Rundblick nach allen Seiten. Dort oben leuchten die Häuser von Neustadt in der Sonne. Ein wenig weiter herum gewahrt das Auge einen Turm von Wasserberg, unten im Tal liegt Gabel. Und auf der anderen Seite grüßt der Adlersberg mit dem Stutenhaus an seinem Fuße. Bei klarem Wetter vermag der Blick sogar bis zu den Rhönbergen zu streifen. Das Auge trinkt sich hier satt an all der Schönheit. Frische Wiesen mit blauen Glockenblumen und viel Arnika laden zum Ausruhen ein.

Vor uns tut sich ein sehr gutes Stigelände auf. Allmählich abfallende und auch steilere Wiesen. Frauenwald ist für den Wintersport wie geschaffen. Bessere Gelegenheit bietet auch Oberhof nicht.

Eine Bierstunde vom Heim entfernt führt der Rennsteig, jener alte Böttcherwanderungsweg, vorüber. Es gibt eine feine Rennsteigwanderung, wenn man schon am Bahnhof Rennsteig aus der Bahn klettert und dann die dreiviertel Stunde bis zum Heim läuft.

Wir finden und stellen das mit vollem Bewußtsein fest, daß die Vorzüge des Ferienheims Frauenwald gegenüber dem Stutenhaus größere sind. Das hinterhältige Treiben, das der Arbeiterchaft ihr schönstes Ferienheim nehmen sollte, ist also vollständig ein Schlag ins Wasser geworden. Frauenwald wird sicher noch beliebter werden und einen noch größeren Zustrom von Feriengästen bringen.

So soll es bleiben: was der Arbeiterchaft genommen wird, holt diese sich besser noch wieder.

Tagung des Generalrats der Internationalen Textilarbeiter-Föderation.

Der Generalrat der Internationalen Textilarbeiter-Föderation tagte am 27. und 28. Juni in Stockholm. Der internationale Sekretär, Shaw, erstattete den Geschäftsbericht und schilderte u. a. die interessantesten Erfahrungen, die er während seiner im Auftrag der Internationale vorgenommenen Reise nach Indien zum Studium der Lage der indischen Textilarbeiter machte. Im Anschluß an diesen Bericht entspann sich eine lebhaft diskutierte über die Zweckmäßigkeit der Ausdehnung derartiger Delegationen, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Frage einer Delegation nach Amerika, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Lage der amerikanischen Textilarbeiter zu studieren und den Anschluß des amerikanischen Textilarbeiterverbandes herbeizuführen. Da es sich in diesem Falle nur um eine größere Delegation handeln kann, beschloß der Generalrat, die Entscheidung dieser Frage dem nächsten internationalen Textilarbeiterkongreß zu überlassen, der zum 28. Mai 1928 nach Belgien einberufen werden soll. Der Generalrat behandelte hierauf die vom Sekretär vorgeschlagene Tagesordnung für den internationalen Kongreß, die u. a. folgende Punkte umfaßt: die internationale Lage in der Textilindustrie, Arbeitszeit, Familienlohn, Methoden der Verhandlung mit den Arbeitgebern, Betriebsräte und Schlichtarbeit.

Berichte aus Fachreisen.

Bauhen. Protestversammlung der erwerbslosen Jutearbeiterinnen. Am Dienstag nachmittag veranstaltete die Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Bauhen auf Wunsch der erwerbslosen Jutearbeiterinnen eine Protestversammlung in der Klosterkirche, die sich mit der am Vormittag im Saale des Landhauses vom öffentlichen Arbeitsnachweis Bauhen vorgenommenen Generalmusterung zum Zwecke der Verhinderung nach Leipzig befahre. Der Geschäftsführer Steldt erläuterte nach Eröffnung der Versammlung zunächst den Zweck derselben und gab dann dem Verwaltungsausschuhmitglied Kallisch das Wort, der einmal die gesetzlichen Bestimmungen eingehend erläuterte und darauf hinwies, daß bei Zuweisung von Arbeit an Unterführungsempfänger, die wirklich bezahlt wird und die den einzelnen zugewiesenen zugewiesen werden kann und wo, wenn es sich um auswärtige Beschäftigung handelt, die Unterkunft sticht einwandfrei ist, Ablehnung den Verlust der Erwerbslosenunterstützung zur Folge haben kann. Auf den Fall der Verhinderung von erwerbslosen Jutearbeiterinnen nach Leipzig eingehend, beleuchtete er die besonderen Verhältnisse der zur Beschäftigung stehenden Arbeiterinnen. Aus der Generalmusterung durch den Arbeitsnachweis sei zu ersehen gewesen, daß von den nach dort bestellten rund 130 Arbeiterinnen nur drei ohne jedes Bedenken nach dort vermittelt werden können. Bei allen anderen liegt irgendein Grund vor, der erst behoben werden muß, ehe an eine Verweisung nach Leipzig gedacht werden kann. Die übergröÙe Mehrzahl der Jutearbeiterinnen hat hier eigene Wohnungen und eigene Familien, deren Unterhalt dann, wenn eine Arbeitsaufnahme in Leipzig erfolgen würde, von ihnen nicht mehr

bestritten werden könnte. Weiter könne auch den Mädchen, die bisher bei ihren Eltern wohnen, nicht zugemutet werden, daß sie nach Leipzig gehen und dort unter ungleich teureren Verhältnissen arbeiten müssen. Bei dieser Gelegenheit hob der Referent hervor, daß die Gewerkschaft der Textilarbeiter nicht etwa grundsätzlicher Gegner einer Verpflanzung der erwerbslosen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen nach auswärts sei, nur müsse erst geklärt sein, ob eine ebensolche Unterkunft resp. Wohnung, wie sie der einzelne hier inne habe, zu gleicher Preise in dem Orte der neuen Arbeitsstelle zur Verfügung stehe, denn es könne zum Beispiel keinem verheirateten Arbeiter und seiner Mutter zugemutet werden, ohne Familie nach auswärts zu gehen, und es sei auch vorher die Garantie dafür einzuholen, daß es sich bei der Verpflanzung in einen anderen Ort um dauernde Arbeit handele. Zum Schluß wies er noch auf die gesetzlichen Möglichkeiten des Einspruches bei Entziehung der Unterstützung hin.

Das Verwaltungsausschuhmitglied Domische vom öffentlichen Arbeitsnachweis beschäftigte sich ebenfalls mit der stattgefundenen Generalmusterung der Jutearbeiterinnen und ging im einzelnen auf die aus der Mitte der Versammlung vorgetragene Fälle ein.

Der Geschäftsführer Steldt streifte dann eingehend die widerfährigen Verhältnisse, die bei dieser Vermittlung nach Leipzig zu einem Schwereverf der stillliegenden Bauhener Jutespinnerin und Weberei zutage treten und verlangte, daß alle Beteiligten dafür Sorge tragen müßten, daß bei einer derartigen Anhäufung von Arbeit bei den Vereinigten Jutespinnereien und Webereien erst einmal der stillliegende Bauhener Betrieb wieder der Eröffnung zugeführt werden müßte, bevor in Leipzig Doppelschichten eingeführt werden, wie dies der Fall sein soll.

Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 12. Juli in der Klosterkirche versammelten erwerbslosen Jutearbeiterinnen Bauhens erheben schärfsten Protest dagegen, daß die hiesige Zweigstelle der Vereinigten Jutespinnereien und Webereien trotz übermäßiger Beschäftigung der anderen Zweigstelle immer noch stillliegt.“

Die Versammlung kann nicht begreifen, welche Gründe dafür maßgebend sein sollen, hiesige Arbeiterinnen nach Leipzig, Herburg oder Beuel a. Rh. verpflanzen zu wollen, da es der gleichen Firma doch jederzeit möglich ist, hier am Orte produzieren zu lassen.

Die Stadtbehörde wird dringend gebeten, kein Mittel unverzogen zu lassen, gemeinsam mit der Organisation der Textilarbeiter, die stillliegenden Betriebsgebäude irgendwie für die Allgemeinheit wieder nutzbar zu machen.“

Nachdem noch viele Beschwerden gegen Arbeitsnachweis und -Fürsorgestellen aus der Versammlung zum Vortrag gebracht waren, konnte der Vorsitzende, Geschäftsführer Steldt, gegen 1/2 Uhr die oft sehr stürmisch verlaufene Versammlung schließen.

Anmerkung der Redaktion:

Diese im Bericht erwähnten Vorgänge zeigen, wie die Rationalisierung nur auf Kosten der Arbeiter vorgenommen wird. Vom Standpunkt rationaler Betriebsweise aus ist es verständlich, wenn die Vereinigte Jute in Leipzig und in anderen Betrieben Doppelschichten machen lassen will, während sie wieder andere Betriebe stilllegen läßt. Es darf aber nicht allein auf das Profitinteresse der Unternehmungen ankommen. Die Arbeiterchaft und die in ihr verkörperte Arbeitskraft ist der wesentlichste und wichtigste Teil einer jeden Volkswirtschaft. Es müßte eine Selbstverständlichkeit sein, auf diese die größte Rücksicht zu nehmen. Aus rein menschlichen Gründen ist es nur zu verständlich, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Bauhen nicht so ohne weiteres bereit sind und es nicht sein können, sich einfach ohne bestimmte Garantien verpflanzen zu lassen.

Letztere ist jedenfalls — wie uns auch aus allen Juteorten berichtet wird —, daß der Geschäftsgang in allen Jutebetrieben ein äußerst günstiger ist. Ueberall ist Mangel an Arbeitskräften vorhanden. Die Geschäftslage ist so, daß allen Jutebetrieben ein angemessener Gewinn garantiert ist, so daß, wenn der gute Wille überhaupt gegeben wäre, zweifellos der Betrieb in Bauhen selbst wieder aufgenommen werden könnte.

Auch wir sind deshalb nicht in der Lage, ohne weiteres gutheißen zu können, daß die Bauhener Arbeiter einfach zum Zwecke der Einführung der Doppelschichten in anderen Betrieben nach den betreffenden Orten verschickt werden. Dazu kommt noch der weit schwerwiegendere Umstand, daß die Schichtarbeit besonders für die Arbeiterinnen, da doch immer ein Teil der Arbeitszeit in die Nachtzeit fällt, ganz erhebliche gesundheitliche Nachteile zur Folge hat.

Hohenstein E. Endlich ein Tarif für die Textil-Heimarbeiter. Nach langen schwierigen Bemühungen unserer Organisation ist es gelungen, hier einen Tarif für die Heimarbeiter der Textilindustrie, geltend für die Orte Hohenstein E. und Lichtenstein C. abzuschließen. Da für die Heimarbeiter seit November 1923 ein tarifloser Zustand herrschte, waren diese in der Entlohnung auf die Gnade der Arbeitgeber angewiesen. Der jetzt abgeschlossene Tarif hat Geltung bis zum 31. Dezember d. J. und bringt eine Erhöhung von 7 Prozent der jetzt bestehenden Löhne. In einer am 8. Juli stattgefundenen Sitzung des Fachauschusses für Heimarbeiter (Schlichtstelle), die in Chemnitz stattfand, ist die Verbindlichkeitsklärung des Tarifes für den 1. August beschloffen worden. Von diesem Zeitpunkt an haben somit alle Heimarbeiter Anspruch auf den erhöhten Lohn, sowie auch alle Betriebsinhaber des Bezirks verpflichtet sind, diesen Lohn zu zahlen.

Dieser Erfolg, den wir hier erzielt haben, wird sich zweifellos auch in anderen Heimarbeitergebieten auswirken. Um auf diesem Wege weiterzuschreiten, ist es dringende Notwendigkeit, daß sich auch die Heimarbeiter restlos unserer Organisation anschließen.

„Domela“

Ein Film aus dem Klentopp des Lebens.

Von dem erweiterten Schöffengericht in Köln wurde der falsche Kronprinzsohn Domela zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, wozu sechs Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden. Dieser Prozeß gab ein treffendes Bild von der Seelenverfassung, in der sich ein großer Teil der deutschen Bevölkerung trotz der acht Jahre seit dem Bestehen der Republik befindet. Eigentlich ist es verwunderlich, daß dieser junge Mann verurteilt werden konnte, wo ihm doch die Rolle „Königliche Hoheit“ zu spielen, förmlich aufgebrängt wurde.

Domela ist einer von denen, der von den Wellen des Weltkrieges aus seinem bescheidenen Dasein in einer baltischen Mühle aufgeschwemmt und in das ruhelose Leben eines internationalen Bagabunden gestoßen wurde. Als Angehöriger eines Freikorps kam er nach Deutschland und hat sich hier mit wechselnden Erfolgen als Gelegenheitsarbeiter, als Reisender usw. betätigt. Seine Mutter ist eine Adlige und dieser Schuß blauen Blutes scheint genügt zu haben, um sich als Adliger aufzuspielen. Dabei fand er, daß er in solchen Gegenden wie beispielsweise Potsdam wo er als Reisender tätig war, als Baron oder Graf glänzende Geschäfte zu machen in der Lage war. Der Appetit kommt beim Essen. Seine Lebensbahn führt ihn auch nach Thüringen, wo er in Erfurt in einem der besten Hotels abstieg. Seine Neugierde mit dem ältesten Sohne des früheren Kronprinzen ließ in dem Hotelier den Gedanken aufsteigen, daß dieser junge Mensch zu etwas Höherem geboren sein müsse. Und nun kam der interessante Film ins Rollen. Kommerzienräte, Militärs, Oberbürgermeister, Theaterdirektoren usw. laufen sich gegenseitig den Rang ab, dieser neugeborenen „Königlichen Hoheit“ gefällig zu sein. Trotdem diese „Königliche Hoheit“ alias Baron von Korff seine Umgebung ständig anpumpt, ging die Zeremonie ruhig weiter. In Heidelberg verkehrte Domela in dem Hause der Sachs von Russen. Der „Prinz“ berichtet darüber: „Ich hatte geglaubt, bei diesen Studierenden aus den besten Adelsfamilien die Blüte der Kultur zu finden. Das war aber eine Täuschung. Tatsächlich haben diese Leute nur mordsmäßig gezecht und vor allem versucht, mich unter den Tisch zu trinken.“

Auf der Anklagebank des Kölner Schöffengerichts saß nicht der baltische Jüngling Domela, sondern der faule Zauber des ehemaligen kaiserlichen Deutschlands. Diese Katastrophen sehen auch heute noch in den mittelaltlichen Figuren der ehemaligen Hohenzollernndynastie etwas Großes. Sie merken auch heute noch nicht, daß sie sich selber nur dadurch herabschleichen. Sie sind geblieben, was sie waren, gebantenlose Elemente, die immerfort das Gefühl haben, von oben regiert zu werden. Es ist bezeichnend für die Gerichte der deutschen Republik, daß sie noch auf diese Knechtseelen Rücksicht nehmen; anstatt diese Mitspieler in dem lustigen Film nach Köln zu holen und sie an dem Zeugnische als lebendige Zeugen einer vergangenen Zeit vorbeiziehen zu lassen, hat man sie an ihrem Wohnorte kommissarisch vernommen. Wie schade. Was wäre dies für die Zeithemer und für die Hofdichter des wirklichen Prinzen Karneval für ein prächtiger Stoff gewesen! Der ehemalige Schuster Voigt, der unsterbliche „Hauptmann von Köpenick“, und dieser Jüngling aus dem Baltikum haben zu zeigen verstanden, welche Gedankenlosigkeit, Dummheit und Unterwürfigkeit sich in den Köpfen der Fürstentataien aufsummieren. Man hätte Domela in Köln nicht verurteilen, sondern eine Belohnung geben sollen. Er hat die deutschen Hohenzollernspießer treffend gekennzeichnet. Dafür gebührt ihm Dank.

Literatur.

- Sammelbuch für Aufrechnungsbescheinigungen.** Von G. Kahl, Reg.-Rat. zu begehren durch W. Kahlhammer, Buchhandlung in Stuttgart. Urbanstr. 14. Preis 80 Pf. Partienpreise niedriger.
- Das Sammelbuch bietet Raum zur Bescheinigung der geleisteten Invalidenversicherungsbeträge für jeden, auch den jüngsten Versicherten, solange er Beiträge zur Invalidenversicherung leistet. Im Sammelbuch sind außerdem die ab 27. Juni 1927 und ab 1. Januar 1928 gültigen Invalidenversicherungsbeträge enthalten, und es werden die neuesten Leistungen der Invalidenversicherung kurz und übersichtlich mitgeteilt. Wer ein Sammelbuch besitzt, dem geht keine Aufrechnungsbescheinigung mehr verloren. Zur Geltendmachung von Ansprüchen aus der Invalidenversicherung kann u. a. ein Sammelbuch, in dem die geleisteten Beiträge bescheinigt sind, recht wertvoll sein.**
- Bericht der Freigemeinschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Weiden des DGB. Berichtsjahr 1928.** Preis für Organisationen 20 Pf.
- Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Jugendzentrale über das Geschäftsjahr 1928 ist wiederum ein Zeugnis von der Velleitigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Von besonderem Interesse dürfte das Hauptkapitel des „Berichtes und Berufsfragen“ sein, insbesondere die Ausführungen über die „Erwerbslosigkeit der Jugend“.**
- Der Bericht gibt manche Anregung für die praktische Jugendarbeit in den Ortsausschüssen und stellt so einen Beitrag zur weiteren Entwicklung und Festigung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung dar.**
- Das ausgestattete, mit Bildbeilagen versehen, kostet das Exemplar für Gewerkschaftsmittglieder 50 Pf. Wir empfehlen den Bericht den Jugendleitern und Parteimitgliedern sehr und wünschen ihm eine gute Verbreitung.**
- Dr. Sultan Marouf: „Englische Arbeiterpartei.“** Der Arbeiterpartei kennt nicht die Sucht nach dem Rekord. Er weiß, daß Sport nur dann einen Sinn hat, wenn er mit der körperlichen Entwicklung des einzelnen zugleich die Entwicklung der Massen erstrebt. So muß die Englische Arbeiterpartei auch von anderen Voraussetzungen ausgehen als die sogenannte Englische des bürgerlichen Sports, muß sie zu anderen Schlussfolgerungen führen als jene. Es ist das verdienstvolle Werk Dr. Maroufs, daß er den Versuch einer solchen Herausarbeitung des Unterschieden und des Wesentlichen unternommen hat. Sein Buch, das sich uns in schmudef bildreicher Aufmachung präsentiert, gibt zum erstenmal eine umfassende Darstellung der gesundheitslichen Vorbedingungen, der gesundheitslichen Schranken und der gesundheitslichen Erfolge des bürgerlichen Sports, der wirklich den Massen des schaffenden Volkes unferner Zeit zu dienen bestrebt ist.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 24. Juli, ist der Beitrag für die 29. Woche fällig.

Adressenänderungen.

- Gau Barmen.** Köpper n. K.: Bernhard Debus, Wilhelmstr. 2.
- Gau Berlin.** Rabe u. h. r. Alle Sendungen an den Vorsitzenden Wilhelm Stark, Danziger Str. 57, K.: Mag. Fiebrang, Forststraße.
- Guben.** V.: Friß Hähndchen, Deulowitzer Str. 75.
- Gau Dresden.** Großenhain. V.: Hermann Voigt, Carolastraße 11 III. K.: Moritz Lehbach, Katharinenstraße 8.

Totenliste.

- Gestorbene Mitglieder.**
 - Jahnsdorf I. Ergeb. Paul Brunner, Selma Köhler, Frieda Thümmel.
 - Kirchberg I. Sa. Ernestine Hedwig Kramer.
 - Cöbau I. Sa. Lina Bartusch, Pauline Höhne.
 - Pulsnick. Robert Horn, Brettnig.
 - Reine I. W. August Lehmann.
 - Solkau I. Hann. Friß Rühl.
 - Thalheim I. Ergeb. August Emil Uhlig.
- Ehre ihrem Andenken!

Dem schaffenden Fachmann willkommenere Berater sind:

Ernst Bökel, Die Gardinenweberei. Mit 241 Abbildungen im Text. Gebunden 8,10 Mk.
 Wilhelm Boshed, Die Fingewebe, Leipzig, Müßig, Samt, Frottiertische usw. Mit 222 Abbildungen. Gebunden 5,— Mk.
 Bücherverzeichnis aus allen Literaturgebieten kostenlos.
Textil-Praxis, Abt. Buchhandlung, Berlin O 34 Memeler Straße 8/9.

Verlag: Carl Eckert in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur: E. W. Brandenburg in Berlin. — Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin.

Unfälle in der sächsischen Textilindustrie.

Der Vorstand der „Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft“ hat unlängst seinen Jahresbericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften im Jahre 1926 heraus. Aus diesem Bericht seien folgende Angaben und Zahlen erwähnt: Die Zahl der bei der genannten Genossenschaft versicherten Betriebe betrug am Schluß des Jahres 1926 insgesamt 5227. In diesen Betrieben waren 284 302 Personen beschäftigt. Da im Vorjahre die Zahl der beschäftigten Personen 312 523 betrug, ist also ein Rückgang eingetreten. Unfallanzeigen gingen im Berichtsjahre insgesamt 4554 ein. Da im Jahre 1925 nur 537 Unfälle gemeldet wurden, ist also hier eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Die Genossenschaft führt die Steigerung darauf zurück, daß neuerdings auch die Unfälle von und zur Arbeitsstelle mit unter die Versicherung bezogen sind, und daß weiterhin in letzter Zeit auch weit häufiger Unfälle mit geringfügigen Folgen von den hierzu verpflichteten Krankenkassen zur Anzeige kommen. Ob dies jedoch die beiden einzigen Gründe sind, die zu einer Vermehrung der Unfallanzeigen und damit wohl auch der Unfälle geführt haben, muß zweifelhaft erscheinen. Es mögen hier wohl auch noch andere Gründe mitgewirkt haben. Jedenfalls gibt die steigende Unfallzahl ein bereites Zeichen von der oft mangelnden Unfallsicherheit in den Textilbetrieben Sachsens. Von den gemeldeten Unfällen gelangten 614 erstmalig zur Entschädigung, 87 derselben hatten den Tod zur Folge. Ueber die Schuldfrage bei den neu entschädigten Unfällen hat die Genossenschaft folgende Aufstellung veröffentlicht:

Mangelhafte Betriebseinrichtungen	—
Keine oder ungenügende Anweisung	—
Fehlen von Schutzvorrichtungen	1
Nichtbenutzung oder Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtungen	1
Handeln wider bestehende Vorschriften oder Anweisungen	124
Ungeschicklichkeit oder Unachtsamkeit	141
Ungeeignete Kleidung	1
Fehlen von Schutzvorrichtungen und Unachtsamkeit der Arbeiter zugleich	4
Schuld von Mitarbeitern und dritten Personen	20
Sonstige, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes ruhende Ursachen	321
Nicht zu ermittelnde Ursachen	1

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß die Genossenschaft keinen einzigen Unfall auf mangelhafte Betriebseinrichtungen zurückführt. Ob dies richtig ist, muß immerhin angezweifelt werden. Wahrscheinlich ist es nicht gerade. Im Gegensatz hierzu fällt die große Zahl der Unfälle (124) auf, die auf Handeln wider bestehende Vorschriften oder erlassene Anordnungen zurückgeführt werden. Rechnet man hierzu noch die 141 Unfälle, die in der Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Arbeitnehmer ihre Ursache haben sollen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß fast die Hälfte der 614 erstmalig entschädigten Unfälle auf die Arbeiter selbst geschoben werden. Die Wichtigkeit dieser Angaben wird wohl ebenfalls jeder Versicherte anzweifeln. Im Gegensatz hierzu muß bemerkt werden, daß wahrscheinlich mancher der 321 Unfälle, die ihren Grund in der Gefährlichkeit des Betriebes haben sollen, auf das Konto „Mangelhafte Betriebseinrichtungen“ zu verbuchen sein wird. Wenn man die Belegschaft oder die Betriebsräte fragen wird, wird man jedenfalls zu einem anderen Ergebnis kommen, wie die Aufstellung der Berufsgenossenschaft ergibt. Interessant ist ebenfalls die Verteilung der Betriebsunfälle nach Betriebseinrichtungen. Die Genossenschaft gibt hierüber folgende Zusammenstellung:

Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen	252
Fahrstühle, Aufzüge, Krane und Hebezeuge	6
Dampfessel, Explosionen usw.	2
Feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe usw.	27
Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen	47

Fall von Leitern, Treppen, in Lufen usw.	185
Auf- und Abladen von Hand, Heben, Tragen usw.	21
Fuhrwerk (Ueberfahren, Absturz von Wagen usw.)	35
Eisenbahnbetrieb (Ueberfahren)	1
Tiere (Biß, Stoß, Schlag)	3
Handwerkszeug und einfache Geräte	12
Elektrischer Strom	1
Sonstige	22

Nach den Angaben des Berichtes haben sich der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften keine Schwierigkeiten entgegengestellt, den Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten wurde ausnahmslos nachgekommen. Betriebsrevisionen wurden insgesamt 1262 ausgeführt, bei denen 1036 Anordnungen getroffen werden mußten. Es ist dies gewiß kein gutes Zeichen für die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten und sich nach diesen zu richten. Wenn man die Zahl der Anordnungen betrachtet, die erlassen werden mußten, so erscheint die erste Aufstellung über die Ursache der Betriebsunfälle, in der die Schuld an einer großen Anzahl derselben den Arbeitern zugeschoben wird, noch unwahrscheinlicher. Auf welche Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften sich die einzelnen Anordnungen verteilen, dies anzugeben, ist hier der Raum zu klein. Die einzelnen Betriebsrevisionen erfolgten ohne vorherige Anmeldung. Nach den Angaben der Aufsichtsbeamten haben weder die Arbeitgeber noch die Versicherten irgendwelche Wünsche und Anregungen zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften gegeben. Es ist dies nicht gerade erfreulich, da doch sicher die Vorschriften

Kollegen! Kolleginnen!
Gelesene Exemplare des „Textilarbeiter“
 nicht achtlos beiseitelegen. Im Interesse der Gesamtbewegung sind sie an **Unorganisierte** weiterzugeben!

noch in dieser oder jener Weise verbesserungsbedürftig sind. Was nützen dann aber letzten Endes alle auch noch so guten Vorschriften, wenn sie von den Arbeitgebern doch erst auf Drängen und nur nach Kontrolle der Aufsichtsbeamten durchgeführt werden. Es ist eben doch unbedingt notwendig, daß die Genossenschaften von ihrem Recht der Strafverhängung mehr als jetzt üblich, Gebrauch machen. Es würde dies der beste und auch der einfachste Weg der Unfallverhütung sein.

Am Schluß sei noch auf eine Ausführung in dem erwähnten Berichte hingewiesen, die wenig erfreulich ist. Die Aufsichtsbeamten führen darüber Klage, daß oftmals bei den Revisionen Betreuer der Belegschaft nicht hinzugezogen werden konnten, da nicht nur in mittleren, sondern auch in größeren Betrieben verschiedentlich kein gesetzlicher Betriebsrat besteht. Es ist bedauerlich, daß so etwas überhaupt geschrieben werden kann. Es ist jedenfalls Pflicht aller Arbeitnehmer, dafür zu sorgen, daß in jedem Betrieb eine Betriebsvertretung gewählt wird. Der Bericht bringt ferner nähere Ausführungen über besonders interessante und bemerkenswerte Unfälle. Der Bericht selbst gehört eigentlich in die Hände jedes Textilarbeiters. Er ist zum Preise von 10 Pf. von der Sächsischen Textilberufsgenossenschaft zu beziehen.

 In einem demokratischen System ist das Zollhaus, eine Einrichtung feudalen und topfteuerlichen Adenentens, gehässig und widerspruchsvoll. Entweder sind Freiheit, Gleichheit, Eigentum bloße Worte und die Charta ein unnützes Papier, oder das Zollhaus ist eine fortwährende Verletzung der Rechte des Menschen und Staatsbürgers.
 Pierre Proudhon

Die Bedeutung der Gewerkschaften.

Ueber die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft und deren kulturellen Entwicklung ist schon viel und oft geschrieben worden, und dennoch ist es notwendig, immer und immer wieder darauf hinzuweisen. Recht treffende Ausführungen, unter besonderer Hervorhebung der vererblichen Rolle, die Unorganisierte den Organisierten gegenüber spielen, kamen in einem Artikel, der in der „Weltmeisterzeitung“ erschien, zum Ausdruck. Wir entnehmen diesem Artikel folgendes:

„Wo wären heute die Arbeitnehmer ohne Gewerkschaften! Der Lebensstandard, die gesellschaftliche und die staatliche Stellung der Arbeitnehmerschaft stehen und fallen mit der Größe und Stärke ihrer Organisationen. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte kennt vor der Organisation der Arbeitnehmer nur Lumpenproletariat, also unterhalb ihres Existenzminimums vegetierende Menschen ohne Selbstbewußtsein und darum ohne Kraft zur Selbsthilfe. Der Tarifvertrag, fast das ganze Arbeitsrecht, alle neuere Sozialpolitik ist auf den Gewerkschaften aufgebaut und existierte ohne sie nicht. Welche großen materiellen Opfer haben ihre Mitglieder gebracht und bringen sie fortlaufend, um diese Erfolge zu sichern und auszubauen! Man kann sich ein Bild von der unheilvollen Bedeutung der Unorganisierten machen, wenn man weiß, wie oft die Arbeitgeber Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen, weil die überwiegende Mehrzahl ihrer Arbeiter unorganisiert sei. Von all den seelischen und materiellen Anstrengungen von Arbeitnehmergenerationen für ihre Gewerkschaften wissen und spüren die Unorganisierten nichts. Und trotzdem stehen ihnen nahezu alle Kampferfolge der Koalitionen zu, fallen ihnen mühelos als Geschenk in den Schoß. Damit schädigen sie aber auch die Allgemeinheit. Denn die Bedeutung der Gewerkschaften, die sie schwächen, geht heute weit über ihre Sorge für ausreichenden Lohn und erträgliche Arbeitszeit hinaus. Unsere Reichsversammlung gibt ihnen wirtschaftspolitische Aufgaben und schafft die Grundlage für wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung. Gegenwärtig ist die öffentliche Bedeutung der Gewerkschaften schon so groß, daß das staatliche und wirtschaftliche Leben ohne sie nicht mehr funktionieren könnte. Und von den Arbeitern in diesen Organisationen, von den damit verbundenen Pflichten, halten sich die Unorganisierten fern. Sie schaden damit nicht nur ihren eigenen Arbeitskollegen, sondern auch ihrem Vaterlande. Wie ist die große Menge unorganisierter Arbeitnehmer zu erklären, welche seelischen Gründe sind hier entscheidend? ... Einmal ist es die unter den Menschen weitverbreitete Trägheit und Stumpfheit, die keine, auch nicht die geringste Initiative aufkommen läßt. Die breite Masse der Arbeitnehmer, die täglich mehr als zehn Stunden arbeitet, ist ihr verständlicherweise besonders leicht verfallen. Der Durchschnittsarbeiter, der abends tommide nach Hause kommt, will von Dingen, die nicht ganz unmittelbar mit seiner körperlichen Existenz zusammenhängen, nicht befaßt werden. Er lebt nicht; er dämmert nur dahin.“

Viele Arbeitnehmer bleiben den Organisationen aus schlauser Berechnung fern. Sie sparen materielle Kosten und vermeiden persönliche Gefahren und seelische Not, weil sie wissen, daß ihnen alle von den Organisationen erkämpften Vorteile sowieso zuteil werden. Zusammenfassend kann man sagen: Die seelischen Gründe der Unorganisierten deuten weniger auf einen Intellekt- als Charaktermangel hin. Die Unorganisierten sind in den Augen der Gewerkschaftsmitglieder mit Recht „Menschen ohne Solidaritäts-, ohne Gemeinschaftsgefühl, Streikbrecher in Permanenz. Ihre Erziehung muß deshalb mit Energie und ohne Glaschandische betrieben werden. Denn die Mängel der Unorganisierten liegen, um es nochmals zu sagen, weniger in ihrem Intellekt, als in ihrem Charakter. Und der ist bei Erwachsenen nur mit einigen Härten zu bessern.“

Zur Geschichte der Teppichweberei.

Von Dr. Th. Wolff-Friedenau.
 (Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Der Hauptstich dieser Kunstweberei wurde seit dem 14. Jahrhundert in Flandern, wo namentlich die Städte Brüssel, Brügge und Courtrai diesen Zweig des Kunstgewerbes erfolgreich pflegten. Im 15. Jahrhundert aber wurden diese Städte von der französischen Stadt Arras in der Kunstweberei überflügelt, deren Erzeugnisse in Teppichen seit dem Weltberühmtheit erlangten und diesen Ruhm bis auf den heutigen Tag bewahrt haben. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts wurden in Arras 59 Meister der Teppichweberei gezählt, deren Erzeugnisse in allen Kulturländern begehrt und geschätzt wurden. Eine Anzahl von Teppichwebekünstlern aus den genannten Städten wanderte dann aus, besonders nach Italien und Spanien, gründeten dort Werkstätten und machten ihre hohe Kunst dort heimisch. In Rom, Venedig, Urbino, Ferrara, Mantua und anderen Städten Italiens wurde so die flämische Teppichwebekunst heimisch gemacht, in Spanien hingegen vornehmlich in Barcelona. Hier wie dort fanden jene Meister weitgehendes Kunstverständnis für ihre Arbeiten und ein fruchtbares Feld der Betätigung. In Barcelona wurden eingewanderte Teppichwebmeister sogar zu Mitgliedern des Großen Rates ernannt.

Die nach der Zeichnung berühmter Maler gewebten Teppiche wurden nach der Stadt Arras, wo diese Kunst zu höchster Blüte gelangte, Arrazis genannt; späterhin wurde diese Bezeichnung aber auch auf alle Teppiche dieser Erzeugung, auch wenn sie nicht in Arras gewebt waren, übertragen, und noch gegenwärtig werden darunter die aus jener Epoche stammenden Kunstteppiche flämischer Meister allgemein verstanden. Solche Arrazis galten überall als Kunstschätze ersten Ranges und wurden vielfach geradezu mit Gold aufgewogen. Die Fürstenthümer in Frankreich, Italien und Spanien sammelten im Laufe der Zeiten bedeutende Mengen dieser Kunstwerke an, und besonders im königlichen Schloß zu Madrid, aber auch noch in anderen spanischen Schlössern befinden sich enorme Schätze jener kostbaren Gebildewebereien. Auch in Deutschland wurde, vornehmlich in den Klöstern, die Weberei von Kunstteppichen jener Technik betrieben, die jedoch

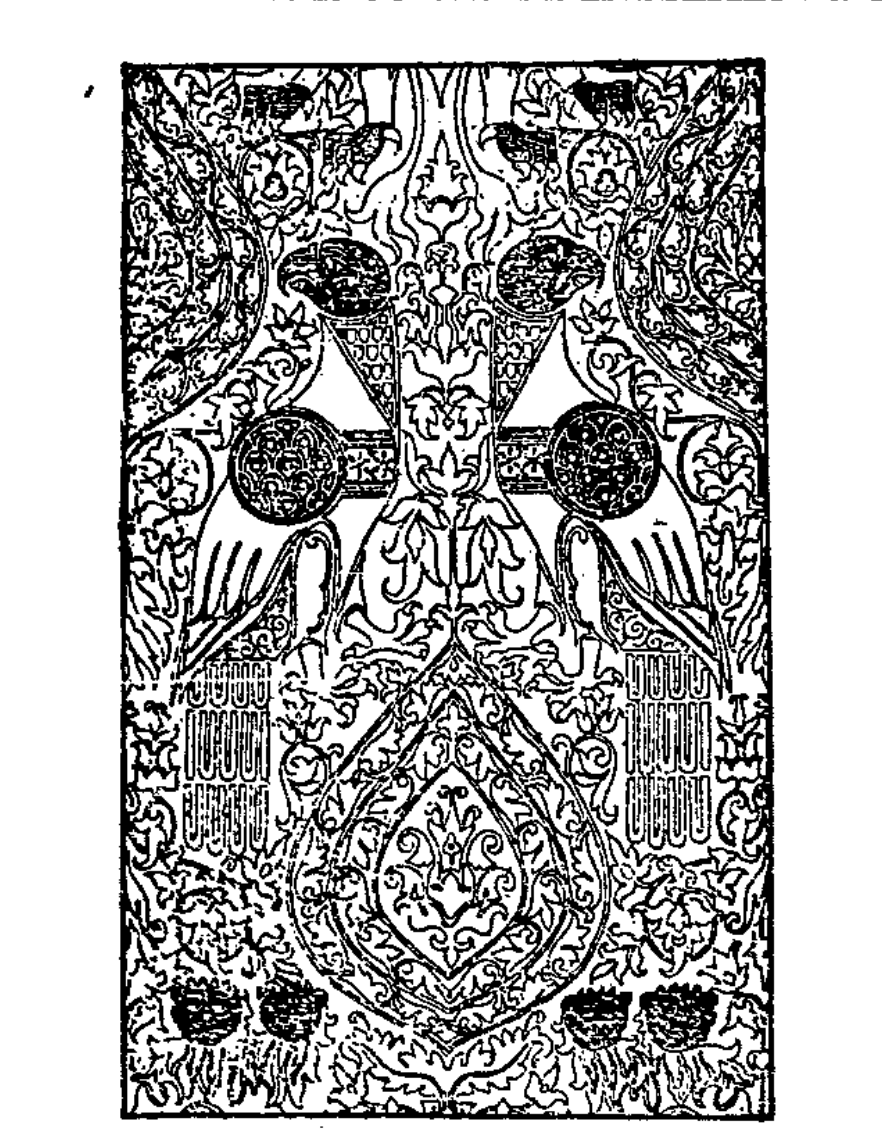


Abb. 7. Arabischer Wandteppich.

nicht den künstlerischen Wert der flandrischen Erzeugnisse und der echten Arrazis erreichten. Teppiche und gewirkte Behänge, die hier erzeugt wurden, wurden zumeist für kirchliche Zwecke verwendet.

Einzelne dieser Arbeiten haben ebenfalls hohen Kunstwert erreicht, wie etwa der Teppich mit dem Bild der webenden Nonne, der sich heute im bayerischen Nationalmuseum befindet. Echte Arrazis dagegen gelangten nur auf dem Handelswege nach Deutschland, an einzelne Fürstenthümer oder in die Sammlungen reicher Kunstfreunde. Das Berliner Museum sowie die Dresdener Galerie enthalten gegenwärtig noch eine Anzahl Arrazis.

Ein besonderes Kapitel in der Geschichte der Teppichweberei endlich nimmt die Gobelinfabrikation ein. Auch der Gobelin gehört zu jener Art von Kunstwebereien, die nach der Vorlage berühmter Maler als Hautteppiche angefertigt wurden, und gleicht nach dieser Hinsicht den Arrazis. Während man als solche jedoch heute im wesentlichen die Teppiche flämischer Herkunft bezeichnet, versteht man unter Gobelins die Kunstwebereien dieser Art aus Pariser Werkstätten. Diese Erzeugnisse haben ihren Namen nach einem Färber Giles Gobelin erhalten, der um das Jahr 1440 in Paris eine Teppichmanufaktur betrieb, die dann unter seinen Nachkommen fortgesetzt wurde und hohen Ruf erlangte. Im Jahre 1630 wurde dann diese Teppichmanufaktur vom Staate übernommen, und seitdem wurde der Name „Gobelins“ gleichsam offiziell für die Kunstteppiche dieser Herkunft. Während die flämische Kunst- und Teppichweberei etwa seit der Mitte des 16. Jahrhunderts Ruf und Bedeutung allmählich verlor, gelangte diejenige der französischen Werkstätten dafür zu um so größerem Ansehen. Auch die französische Teppichweberei erreichte ihre künstlerische Höhe lediglich dadurch, daß sie die hervorragendsten Maler jener Zeit in ihre Dienste zu stellen wußte. Der große Maler Rubens und viele seiner Schüler lieferten der Teppichindustrie wundervolle Vorlagen, die von den französischen Teppichwebern mit genauestem Verständnis und vollendeter Feinheit nachgewebt wurden. Im Karneitertloster zu Madrid befinden sich gegenwärtig noch 17 Teppiche, die nach Kartons von Rubens gewebt worden sind und deren Darstellungen Szenen aus dem alten Testament wiedergeben. Im 17. Jahrhundert lieferten dann die bedeutenden französischen Maler Jordaens und Tenier, Philipp de Champaigne, Poussin u. a. Vorlagen für die Teppichweberei.

Ihren künstlerischen und gewerblichen Höhepunkt erreichte die französische Teppichweberei jedoch unter dem Kunst- und

Gaukonferenz des deutschen Textilarbeiterverbandes in Nürnberg am 10. Juli 1927.

Im freundlichen Heim des deutschen Metallarbeiterverbandes in Nürnberg fand am 10. Juli die ordentliche Gaukonferenz des DTDV, Gau Bayern, statt. Die Konferenz war von 64 Vertretern aus ganz Bayern besetzt. Der Hauptvorstand war durch die Kollegen Schrader und Dressel vertreten. Das Arbeiterinnensekretariat hatte die Kollegin Ritsche entsandt. Der Bezirksausschuß des DTDV hatte den Kollegen E. Kupfer, Nürnberg, mit seiner Vertretung beauftragt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und geschäftlichen Mitteilungen erstattete Gauleiter Kollege Schönleben den Geschäftsbericht der letzten drei Jahre, der trotz großer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein freundlicheres Gesicht hatte, als nach den Begleiterscheinungen eigentlich zu erwarten war. Die Mitgliederzahlen sind in allen Orten des Gaus wieder im Steigen begriffen; in einer Anzahl von Orten, wo kommunistische Wühlarbeit nicht stattfand, waren Rückschläge überhaupt nicht zu verzeichnen, diese Betriebe sind noch heute restlos organisiert. Auch die Beitragsleistung weist eine bedeutende Verbesserung auf, ein Zeichen, daß die geleistete Arbeit anerkannt wird. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte eine ausgiebige und sehr sachliche Diskussion. Referat und das den Delegierten ausgehängte Material schufen hierzu die Grundlage. Als erster Redner sprach Kollege Schrader, Berlin. Auch er zeigte wie gearbeitet wurde, wenn wir auch weitgesteckte Ziele haben. Besonderes Augenmerk muß der Schulung unserer Betriebsräte und Arbeitsgerichtsbeisitzer und der sonstigen Funktionäre zugewendet werden, dabei spielt die Frage der Arbeitszeit aber die größte Rolle. Was in der Richtung vom Vorstand geschehen kann, wird geschehen. In ähnlichem Sinne sprachen die folgenden Redner: Hübler, Augsburg; Goller, Bamberg; Mühlhater, Kolbermoor; Schneider und Schlegel, Nürnberg, und Kollege Wiedemann, Augsburg.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Schrader über seine Reiseindrücke aus Indien. Mit muster-gültiger Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer den interessanten Darlegungen. Veranstalter der Studienreise war die Textilarbeiter-Internationale. Der Vortrag ist der Gesamtmitgliedschaft durch die Berichterstattung von der Hamburger Generalversammlung zugänglich, außerdem hat der Vortragende noch eine Reihe von Versammlungen mit dem gleichen Thema in Bayern in Aussicht gestellt. Eine Aussprache über diesen Punkt fand auf Vorschlag des Kollegen Zwiebel, Bamberg, nicht statt.

Im Anschluß nahm Kollegin Ritsche, Berlin, zu ihrem Vortrag „Arbeiterinnenbewegung“ das Wort. Sie gab zuerst einen geschichtlichen Rückblick über die deutsche Arbeiterinnenbewegung, schilderte dann das Los der Textilarbeiterin und räumte mit dem Vorurteil auf, das verschiedenlich noch in bezug auf die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit der Frau in den eigenen Kreisen besteht. Im Textilarbeiterverband sind eine große Anzahl der Mitglieder weiblichen Geschlechts, deshalb müsse auch der weibliche Funktionärkörper ein größerer werden. Die Rednerin propagiert aus diesen und anderen Gründen die Schaffung von Arbeiterinnenkommissionen in den Filialen im Gau und in der Gauleitung. Damit wurden fast überall die besten Erfahrungen gemacht.

Die Aussprache zeigte, daß in dieser Richtung Meinungsverschiedenheit besteht. Besonders warnte Kollege Zwiebel, Bamberg, innerhalb des Verbandes Sondergruppen aufzuziehen, während Kollege Schönleben, an Hand von Unterlagen bewies, daß im Gau auch nach dieser Richtung gearbeitet wird. Das gleiche bejahten weitere Diskussionsredner.

Kollege Schneider, Nürnberg, behandelte die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung und mahnte die Delegierten, jetzt schon die Durchführung vorzubereiten.

Kollege Schönleben, Augsburg, sprach noch ein zündendes Schlusswort, ein Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband bekräftigte die schon verlaufene Gaukonferenz in der alten bayerischen Sozialistenhochburg Nürnberg.

Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz.

Einige Gewerkschaftsblätter veröffentlichen aus einem Rundschreiben des IGB, eine Notiz über die am 29. und 30. Juli in Paris stattfindende Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, in der es u. a. heißt:

lebenden Ludwig XIV., als der Maler Charles Lebrun an die Spitze der Pariser Teppichmanufaktur berufen wurde. Lebrun selbst war zwar kein Künstler ersten Ranges, verstand es aber, die großen und bedeutenderen Maler seiner Zeit für das Institut zu gewinnen und so eine unerreichbare künstlerische Höhe desselben herbeizuführen. Gefördert wurde das Institut besonders auch durch den Minister Ludwig XIV., Colberts, derselbe, der durch sein Wirken auch den Grund zum Aufblühen der französischen Seidenindustrie legte. Lebrun fand etwa 27 Jahre an der Spitze der Pariser Teppichmanufaktur, und während dieser Zeit wurden dort 57 Wand- und andere Teppiche erzeugt, deren jeder ein Kunstwerk war. Die hervorragendsten dieser Kunstteppiche waren nach den Gemälden Raffels gemacht, ein anderer nach Kartons von Poussin, und Lebrun selbst behandelte die Geschichte Ludwigs XIV. Nach Lebruns Tode im Jahre 1680 wurde das von diesem begonnene Werk von tüchtigen Nachfolgern fortgesetzt. Bald nach der Uebernahme der Gobelin-Manufaktur in Paris durch den Staat wurde übrigens auch in Beauvais eine Werkstatt zur Herstellung solcher Teppiche eingerichtet, die ebenfalls zu erheblicher Bedeutung gelangte. Ganz ähnlich waren übrigens auch die ebenfalls in französischen Werkstätten gefertigten Savonnerieteppiche, deren Namen eigentlich Seiffenteppich bedeutet, weil die ersten Teppiche dieser Art in einer ehemaligen Seiffenfabrik angefertigt wurden. Auch die Herstellung dieser Gewebe ist handarbeitlich, da die Stoffen einzeln an die Kettenfäden geknüpft werden müssen.

Nach dem glänzenden Vorbild der französischen Manufakturen, deren Erzeugnisse in aller Herren Länder berühmt und gesucht waren, suchten auch einzelne Staaten Teppichmanufakturen ähnlicher Art ins Leben zu rufen. So richtete der Herzog Maximilian von Savoyen in seinem Lande eine Teppichweberei, ebenso der Große Kurfürst der Preußen der Hugenotten Pierre Merzier den Auftrag zur Gründung einer Gobelinmanufaktur gab. Doch infolge mangelnder Unterstützung an denen zweifellos die enormen Preise dieser Kunstwerke zu Stande kamen, konnte sich hier das Gewerbe nicht entwickeln und ersah bald wieder. In Berlin wurde späterhin ebenfalls ein Versuch gemacht, und zwar durch die „Berliner Gobelinmanufaktur“ von Wilhelm Tisch, von Hof und Staat unter-

„Die erste dieser Konferenzen, die im Jahre 1924 vor Beginn des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien abgehalten wurde, hatte zunächst zu dem im Jahre 1919 in Washington gegründeten Internationalen Arbeiterinnen-Bund Stellung zu nehmen. Trotdem diese Organisation nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen umfaßte und keinerlei separatistische Absichten verfolgte, hatten verschiedene Landeszentralen ihre Auffassung dahin festgelegt, daß eine besondere Internationale der gewerkschaftlich organisierten Frauen nicht nötig sei und, insofern für die Arbeiterinnen national und international überhaupt eine besondere Stellungnahme nötig werde, die entsprechenden Maßnahmen von den Landeszentralen und dem Internationalen Gewerkschaftsbund getroffen werden könnten.“

Diese Mitteilung ist nicht richtig. Der Internationale Arbeiterinnenbund war auf Anregung des Amerikanischen Arbeiterinnenbundes 1919 in Washington gegründet worden. Ueber seine Zusammenfassung herrschte Unklarheit. Soweit die Vizepräsidentinnen aus 12 Ländern überhaupt bekannt waren und von ihnen auf die Zusammenfassung der Organisation geschlossen werden konnte, vertraten mindestens die aus der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Norwegen und Polen bürgerliche Frauenorganisationen, die mit den Gewerkschaften in diesen Ländern keine Verbindung hatten. Nach Vorschlägen englischer Vertreterinnen sollten dem Internationalen Arbeiterinnenbund auch Frauen angehören können, die keine Erwerbsarbeit verrichten. Der Internationale Arbeiterinnenbund sollte einen eigenen Vorstand erhalten, Beiträge erheben können und ein besonderes Beschlusrecht haben.

Dem Internationalen Kongreß, der 1922 in Rom stattfand, lag ein solcher Antrag des Bureau des IGB vor: „daß der IGB, als solcher dem Internationalen Arbeiterinnenbund für die in keinen angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen organisierten Frauen beiträgt und die Beiträge für diese Frauen bezahlt.“

Danach hätten also entweder die in den gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen mit den Männern in gemischten Organisationen vereinigten Arbeiterinnen international von den männlichen Mitgliedern getrennt oder für die weiblichen Mitglieder Beiträge an zwei internationale Zentralen bezahlt werden müssen. Solche Art gewerkschaftlicher Internationale war aber weder materiell noch sachlich tragbar. Aus diesem Grunde haben die Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom nahezu einstimmig den Vorschlag des Bureau des IGB abgelehnt, dagegen folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß hält es für dringend notwendig, daß die Gewerkschaften in allen Ländern der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte größte Aufmerksamkeit widmen. Unorganisierte Arbeiterinnen bilden eine Gefahr für die Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeiterschaft. Der Kongreß beauftragt den Vorstand des IGB, die Organisation der weiblichen Arbeitskräfte in allen Ländern zu fördern. Der Kongreß hält die gemeinsame Organisation von Männern und Frauen für die zweckmäßigste Form der Organisation.“

Wo aus besonderen Gründen eigene Arbeiterinnen-Gewerkschaften bestehen, haben sie sich der Landeszentrale anzuschließen.

In Erwägung, daß die Lage in bezug auf Ziele und Zusammenfassung des Internationalen Arbeiterinnenbundes noch nicht genügend geklärt ist, beauftragt der Kongreß das Bureau, auf dem nächsten Kongreß über diese Frage Bericht zu erstatten. Er fordert den Vorstand auf, bis dahin die schon bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnenbund aufrechtzuerhalten.“

Auch die folgenden Jahre brachten keine nähere Verbindung der gewerkschaftlichen Landeszentralen mit dem Internationalen Arbeiterinnenbund. Seine Sekretärin, die an der Internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkonferenz teilnahm, die im Juni 1924, unmittelbar vor dem Dritten Internationalen Gewerkschaftskongreß stattgefunden hatte, stimmte einer Resolution zu, in der es u. a. heißt: „daß das Bureau des IGB bereit ist:

1. Nach Bedarf, eventuell vor dem Zweijahrestkongreß des IGB, eine Arbeiterinnenkonferenz einzuberufen.

2. Die Frage der Aufstellung eines Arbeiterinnenkomitees, das mit dem IGB zusammenarbeiten soll, zu prüfen und diesbezügliche Richtlinien auszuarbeiten.“

In Ausführung des Beschlusses von Wien ist das Internationale Arbeiterinnenkomitee gegründet worden und es findet in diesem Jahre die zweite, vom IGB einberufene internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz statt. Gertrud Hanna.

Berichte aus Fachkreisen.

Waldlich i. Breisgau. In einer am Sonntag, dem 3. Juli, abgehaltenen gut besuchten Funktionärerversammlung stattete der Geschäftsführer, Kollege Kahle, den Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages in Hamburg. Die dort gefaßten Beschlüsse sowie die übrigen zu Gehör gebrachten Ausführungen des Kollegen Kahle erweckten das lebhafteste Interesse der Anwesenden. Besonders aufmerksamkeit verdient wurden die Ausführungen über die Arbeitsverhältnisse der indischen Textilarbeiter, die auf dem Verbandstag vom Kollegen Schrader-Berlin eingehend an Hand des in Indien gesammelten Materials dargelegt wurden.

Der Bericht über die Klassenverhältnisse der Geschäftsstelle Waldkirch war ein erfreulicher. Stetige Aufwärtsbewegung ist festzustellen.

Als Vertreter zur Gaukonferenz in Stuttgart wurden die Kollegen König und Kahle gewählt.

Nachdem man sich noch eingehend mit der Tarifrfrage beschäftigt hatte, wurde die gut verlaufene Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden, in der weiteren Arbeit für die Textilarbeiterbewegung nicht zu erlahmen sowie von dem Gehörten der Mitgliedschaft Bericht zu erstatten, geschlossen.

Die Bombe.

Ein wahres Geschickchen.

In vorkriegsstillen Zeiten besuchte der spanische König einmal die Wittelsbacher in München. Die spanischen Bourbonen und die bayerischen Wittelsbacher sind nämlich irgendwie über sechs Ecken verwandt. Ungefähr so: Der Bruder der Kuh ist ein Ochse.

Wenn Könige reisen, haben Polizisten Arbeit. Viel Arbeit sogar, weil die geheiligte Person seiner Majestät geschützt werden muß. Einmal vor scheelem Ansehen und sonstigen Unbotmäßigkeiten, dann aber auch vor schlimmeren Dingen. Wir leben ja im Zeitalter der Sprengstoff-Zivilisation und man kann nie wissen. . . .

Kurz und gut, der gekrönte Spanier kam nach München. In der bayerischen Hauptstadt aber lebte ein gar furchtbarer Anarchist. Eigentlich war er gar nicht furchtbar, aber die Polizei hielt ihn für gefährlich und ließ ihn ständig überwachen, solange der königliche Besuch in München war.

Unser Anarchist merkte bald, daß ihm zwei Krimineller auf Schritt und Tritt folgten. Doch er ließ sich in seinem Vorhaben nicht irritieren. Plötzlich verschwand er in einem Haus und kam lange nicht wieder.

Die Kriminalbeamten überlegten, ob sie warten oder folgen sollten, und entschieden sich schließlich fürs Warten. Aus Langerweile lasen sie die Firmenschilder am Hauseingang.

Plötzlich stuhnte sie. Ein Schild kündigte an, daß ein chemisches Laboratorium im Hause sei.

Das war verdächtig! Die Beamten warfen sich einen verstehenden Blick zu.

„Chemisches Laboratorium — Bomben — Attentat,“ kombinierten sie und überzeugten sich mit einem Griff, ob auch ihre Brownings in Ordnung seien.

Da kommt der Anarchist wieder auf die Straße. In der Hand trägt er einen ovalen Gegenstand, so groß wie ein Säuglingskopf. Das Ding war in ein wollenes Tuch eingehüllt. Ganz behutsam geht der Beobachtete und sieht sich an jeder Ecke um. Die Kriminalbeamten folgen eilig und als der Anarchist an seiner Wohnung angekommen ist und eben ins Haus eintreten will, wird er von seinen Verfolgern angehalten:

„Was haben Sie in dem Tuch — — —?“

„Wir wollen wissen, was Sie da nach Hause tragen?“ „Nur ein wenig weicht der Anarchist ab. Er scheint sehr besorgt um den Gegenstand, den er so sorgsam verhüllt trägt.“

Der eine Beamte packt den Anarchisten mit festem Polizeigriff an, so, wie nur Kriminalbeamte zupacken können.

„Nehmen Sie sich in Acht!“ — warnt der Attakierete — „wenn das Ding herunterfällt, gibts ein Unglück!“

Jetzt sind die Beamten ihrer Sache sicher. Mit ruhigem Mut eintreten sie ihrem Opfer den eingewickelten Gegenstand. Der eine hält den Anarchisten am Arm fest, der andere widmet vorichtig das verdächtige Ding aus seiner Umhüllung und freut sich schon auf Vorgetreue und Beförderung.

Drei Lächer muß er erst entfernen, bis er das Geheimnis enthüllt hat. Und dann hält er in der Hand eine — — — Kolosmaß.

Felix Fechenbach.



Abb. 2. Stillehender Wandbehang aus dem 17. Jahrhundert.

stigt, gelang es diesem Institut mit besserem Erfolge, der Gobelinweberei in Preußen zu einem gewissen Aufschwung zu verhelfen. In neuester Zeit endlich hat die Herstellung von Gobelins eine abermalige Erweiterung unter dem Namen „Nordische Kunstweberei“

erfahren, deren Hauptstühle Berlin, Scherebeck, Lund in Schweden und andere nordische Städte sind.

Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts war der Teppich das unumgängliche Mittel der Fußboden- und Wandbekleidung. Dann aber erhielt es um den genannten Zeitpunkt herum zum ersten Male einen erfolgreichen Rivalen, und zwar in der Tapete. Auch diese ist zwar, wie ja schon der Name sagt, erst aus dem Teppich hervorgegangen, und zwar Jahrhunderte hindurch, genau wie dieser, ein Erzeugnis der Textilindustrie, bis sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Erfindung der Papiertapete sich technisch von dem Teppich trennte. Durch die Tapete wurde der Teppich von dem Jahrhunderte hindurch innegehabten Platz an der Wand herabgerissen und auf den Fußboden verbannt, wo er als Laufteppich heute freilich nicht minder wichtige Dienste leistet denn früher als Wandteppich. Denn seitdem ist die Erzeugung von Teppichen, die früher eine Kunst oder ein Kunstgewerbe war, zur Fabrikation geworden, etwa seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als man begann, die orientalischen Teppiche, die Hand- bzw. Knüpfarbeit waren, mit Erfindung auf dem Webstuhl mechanisch herzustellen. Das gewaltige Industriegebiet, zu dem sich seitdem die Teppichverfertigung entwickelt hat, hat nunmehr den Teppich, der in früheren Jahrhunderten nur ein Besitz der Reichsten und Vornehmsten war, zum Allgemeinut nahezu aller Kreise zum Schmutz selbst des bescheidensten Heims gemacht. Damit hat technisch wie gewerblich ein neues Kapitel in der Geschichte des Teppichs begonnen, das für Kultur und Kunstgewerbe von noch ungleich größerer Bedeutung als die bisherige Geschichte des Teppichs zu werden bestimmt sein dürfte.

So finden wir in der Entwicklung des Teppichs eins der reichvollsten Kapitel der Geschichte der Textilindustrie überhaupt wieder, ein Kapitel, das die enge Parung von Nützlichkeit und Schönheit, die eine so charakteristische Eigenart der Textilindustrie ist, in besonderer Deutlichkeit erkennen läßt und zeigt, wie die Fertigkeit der Herstellung gewebter Stoffe, die ursprünglich und in erster Linie der Bekleidung des menschlichen Körpers dient, zugleich auch in den Dienst höherer geistiger Bedürfnisse des Menschen gestellt wurde und damit die Grundlage eines der wichtigsten Zweige des Kunstgewerbes geworden ist.